

Die Zeitung erscheint
täglich Abends.
—
Sie beziehen durch alle
Postämter des In-
und Auslandes.

Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Viertel-
jahr 2 Thlr. —
Inserionsgebühr für
den Raum einer Seite
2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Spanien. (4 Paris.) — **Großbritannien.** — **Frankreich.** (+ Paris; * Neq.) — **Belgien.** — **Niederlande.** (** Aus Java.) — **Deutschland.** (München; * Dresden; Hannover; † Frankfurt a. M.) — **Preußen.** (+ Aus Ostpreußen; * Berlin; H Berlin; O Köln; ** Posen.) — **Oesterreich.** — **Schweiz.** (Von der Schweizergrenze; † Von der nördlichen Schweizergrenze.) — **Vereinigte Staaten von Nordamerika.** — **Brasilien.** — **Handel und Industrie.** — **Kündigungen.**

Spanien.

4 Paris, 17. Nov. Die coalisirten madrider Blätter sind durch die doppelte Erklärung der Regierung zwar nicht zum Schweigen oder gar zum Widerruf, wohl aber augenscheinlich aus der Fassung gebracht. In der That ist es nicht möglich, kalten Blutes und klaren Geistes so verworrene Repliken zu geben, als mehrere der bedeutendsten Oppositionsblätter den Manifesten der Gaceta entgegenzusetzen. Wenn man sich durch die langen und verwickelten Perioden hindurchgewunden hat, in welchen das Eco del Comercio, der Heraldo, der Correspondenzsal den positiven Erklärungen der Gaceta über das Nichtvorhandensein der der Regierung untergeschobenen Projecte antwortet, so ist man in großer Verlegenheit darüber, was diese Blätter nun eigentlich mit ihrem Schwallen von Worten haben sagen wollen. Nur hier und da läßt sich ein halbwegs klarer Gedanke aus der Flut nichtsagender Redensarten herausgreifen. So äußert das Eco del Comercio eine ziemlich kindische Genugthuung darüber, daß die Regierung wenigstens die Wichtigkeit und Bedeutung der Presse durch die Widerlegung der von ihr erhobenen Anklagen anerkennt, ja man könnte aus seinen Worten sogar schließen, daß es bei seinem Eintritt in die Coalition nichts Anderes beabsichtigt habe, als die Regierung zu einer solchen Art von Puldigung gegen die Macht des Journalismus zu zwingen. Das Eco del Comercio erklärt übrigens feierlichst, daß seine Angriffe nie über das Ministerium hinaus gezielte haben, und daß die Gaceta Unrecht thue, dem Ministerium den Namen und den Charakter des Regenten als Schild vorzuhalten. Der Heraldo stellt sich, als glaube er nicht an die Versicherungen des Organs der Regierung. Was den gleichfalls moderatistischen Correspondenzsal anbetrifft, der übrigens weit verständiger ist als das Hauptorgan dieser Partei, der Heraldo, so nimmt er die Erklärungen der Gaceta utiliter an, aber, sagt er, die Fortdauer der Coalition der Presse ist nichtsdestoweniger nöthig, um darüber zu wachen, daß die Regierung ihre Versprechungen auch erfülle. Wenn übrigens von manchen Seiten angenommen wird, daß die Protestation der Regierung gegen den ihr zugeschriebenen Plan, die Minderjährigkeit der Königin zu verlängern, sich nur auf die Voraussetzung einer eigenmächtigen, verfassungswidrigen Bewerkstelligung dieser Maßregel beziehe, so widerspricht die Fassung der in der Gaceta veröffentlichten Documente dieser Ansicht durchaus nicht. Der Wortlaut sowol als der Geist dieser Erklärungen schließen es gar nicht aus, daß die Regierung eine Abänderung des die Volljährigkeit betreffenden Artikels der Verfassung durch außerordentliche Cortes für zulässig halte, und man dürfte sie keineswegs des Widerspruchs mit sich selbst beschuldigen, wenn sie früher oder später eine legislative Maßregel dieser Art auf dem angedeuteten Weg einleitete. Unbegreiflich dagegen würde es sein, wenn ein solches Vorhaben von Seiten einer wahrhaft freisinnigen und aufgeklärten Partei, welche das Fortbestehen der jetzigen Ordnung der Dinge in Spanien und ihre organische Weiterbildung aufrichtig will, wenn es von Seiten einer solchen Partei Widerstand und Hindernisse fände. Denn was könnte man von der Scheinregierung einer vierzehnjährigen Königin anders erwarten als Schwäche, Intriguen, Unbeständigkeit, Günstlingsherrschaft, kurz alle die Uebel, welche sich von jeder Regierung unzertrennlich zeigen, die ein unweises Gesetz in Hände gelegt hat, welche absolut unfähig sind, sie zu führen. — Der Patriota widerlegt das vom Archivo militar ausgegangene Gerücht, daß die Regierung im Begriff sei, das stehende Heer von 90,000 auf 60,000 M. herabzusetzen. Das halbamtliche Abendblatt erklärt eine solche Maßregel für unvereinbar mit dem Interesse der öffentlichen Sicherheit, und es fügt hinzu, daß die Regierung, trotz ihres lebhaften Bestrebens, die öffentlichen Lasten möglichst zu erleichtern, doch nie daran gedacht habe, durch eine unverhältnismäßige und gefährliche Verminderung der bewaffneten Macht auf diesen Zweck hin-

zuwirken. Dasselbe Blatt kündigt die bevorstehende Rückkehr des Hrn. Dlozaga an, welcher allem Anscheine nach den Zweck seiner Sendung vollkommen erreicht habe. Durch die belgische Thronrede und die auf sie gefolgten Mittheilungen an die belgische Legislatur haben wir bereits die Bestätigung dieser Angabe des Patriota erhalten. Damit fallen denn auch die Gerüchte vollends über den Haufen, denen zufolge die kommerzielle Sendung des Hrn. Dlozaga ein bloßer Vorwand war, hinter welchem sich eine politische Mission verbergen sollte. — Die Regierung hat eine zahlreiche Commission zur Ausarbeitung eines Entwurfs zur schließlichen Lösung der verhängnißvollen Baumwollensfrage niedergesetzt. — Die Nachrichten aus dem Maestrazgo werden immer beunruhigender. Die Bandenchefs Ramon Ruiz, Penaroga, Miralles und Andere halten die kleinen Ortschaften in beständigem Alarm und streuen eine Menge von Proclamationen unter das Volk, worin sie, unter dem Titel von Commandanten des königl. Heeres von Valencia, die Anhänger des legitimen Thrones und der römisch-katholischen Religion zu den Waffen rufen. Obgleich Styl und Orthographie dieser merkwürdigen Documente nicht minder barbarisch sind als der Charakter der Generale Sr. Maj. Don Carlos' V., von denen sie ausgehen, so steht doch zu befürchten, daß sie auf das fanatische Landvolk des Maestrazgo, des letzten Schauplatzes des Bürgerkriegs, einigen Eindruck machen. Schon haben die Banditen 25—30 M. stark eine ganze Reihe von Ortschaften überfallen, namentlich Mata, Ares, Zurita, Ballibona und Castellfort. Ueberall haben sie geplündert, zerstört, Einwohner fortgeschleppt und hier und da auch aus bloßer Mordlust Blut vergossen. Man verlangt eine Verstärkung der Truppen, um diesem Unwesen ein Ende zu machen, denn Morella hat in diesem Augenblicke nur 300 M. Besatzung, und diese sind bei der zweideutigen Stimmung der Einwohnerschaft der Stadt, in welcher Cabrera seine letzte Zuflucht fand, kaum zur Bewachung dieses Punktes hinreichend, geschweige daß durch sie die Sicherheit der Umgegend wiederhergestellt werden könnte.

Großbritannien.

London, 16. Nov.

In der am 12. Nov. ausgegebenen außerordentlichen Nummer der Gazette werden die Häfen von Wellington, Auckland und Russell in Neuseeland zu Freihäfen erklärt.

— Die Times nimmt wieder einmal Notiz von den Unwahrheiten, von denen die französischen Darstellungen der Vorfälle in Afghanistan, Ostindien und China voll sind. Sie sagt: „Das Journal des Débats erzählt uns etwas ganz Neues, nämlich: „Wo die Engländer sich festsetzen, wird das Land vor ihnen verlassen. Die Chinesen bringen all ihr Eigenthum weg, und binnen wenigen Wochen sind die Engländer ohne Hülfsmittel. Die englische Garnison auf Tschusan ist buchstäblich ausgehungert worden. Auf der Insel Keulungson, kaum eine Viertelmeile von der reichen und bevölkerten Stadt Amoy, ist die englische Garnison genöthigt, ihre Lebensmittel vom Kantonsfluß, aus Hong-Kong und aus Macao herbeizuschaffen. Zu Ningpo, einer Stadt von 2—300,000 Einwohnern, vermochte eine Garnison von 800 M. weder für Geld noch durch Gewalt Lebensmittel zu bekommen.“ Wir in England, wo wir doch genau unterrichtet sein müßten, wissen nichts von dieser beunruhigenden Räumung des Landes vor der englischen Armee. Vielmehr lesen wir von Vertheilung der Regierungsvorrathsmagazine unter das chinesische Volk, nicht aber von einem „Aushungern“ unserer eignen Truppen. Auch scheint es durchaus nicht, als ob die Masse des Volks, wenn der erste Schrecken vorüber ist, einen solchen entschiedenen Abscheu hege, wie das Journal des Débats uns erzählt. Aber selbst das Aufgeben einzelner Stellungen, welche früher mit Gewalt von den englischen Truppen eingenommen worden, würde keineswegs einen solchen Sieg über unser Verpflegungswesen beweisen. Unsere Politik ist nicht aufs Befehlen gerichtet. Wie diese Politik sein sollte, ist eine andere Frage, allein es würde offenbar al-

bern sein, eine Truppenmacht, die stark genug ist, wenn es nöthig, gerades Begeh gegen Peking anzurücken, was sie vielleicht längst hätte thun sollen, in eine Anzahl kleiner Garnisonen zu zersplittern. Es würde uns durchaus nicht überraschen, keinenfalls aber irgend entmuthigen, wenn wir erführen, daß kein Fleck des chinesischen Bodens mehr von unsern Truppen besetzt sei. Es handelt sich nicht um Eroberungen, sondern um Geld. Wir führen einen Krieg, schmähtlicher Weise, wie euch zu sagen beliebt, nicht um Festungen, sondern um Gold oder Silber einzunehmen. Dieses Gold oder Silber muß entweder durch Furcht abgezwungen oder mit Gewalt genommen werden. Für beide Zwecke wäre eine Reihe glänzender Siege oder eine entscheidende Bewegung nützlicher als die dauernde Besetzung der ganzen Küste von China. Auch gestehen wir, es nimmt uns einigermaßen Wunder, daß, da der Krieg einmal geführt wird und schon so lange geführt worden ist, keine bedeutendern und erfolgreichern Bewegungen gegen die verschiedenen Fous oder Städte erster Klasse stattgefunden haben, von denen die chinesische Küste voll ist, die nach der Karte unsern Waffen höchst anlockend bloßgestellt dazuliegen scheinen? Ohne den Yangtschiang auch nur bis Hanking hinauffahren zu wollen, warum hören wir nicht, daß Sir Henry Pottinger zu Yangtschu, zu Tschangtschu, zu Hangtschu, zu Soutschu und zu Tschangkiangsin: lauter Städte, die nicht über 100 Meilen von Sir Henry Pottinger's jetziger Stellung in Chinhai und höchstens 50 Meilen von einem für seine Dampfschiffe fahrbaren Wasser liegen? Bei einer so zweifelhaften Sache würden wir das Zögern begreifen, wenn dies wirklich ein Mittel wäre, das Leben der Chinesen zu schonen. Von der Art ist unsere Unentschlossenheit aber nicht gewesen. Wir tödten in einem fort. Zu Chinhai haben wir ihnen zwei Stunden hindurch das verbesserte Kanonenschießen «ohne Unterbrechung» zu kosten gegeben, und außerdem ist wiederholt von höchst traurigem Niedermeheln dieses armen Volkes berichtet worden. Nun sollte man aber denken, daß ein gewaltthames Eindringen und Erheben von Contributionen in all den Fous, Tschous und Piens oder Städten, Flecken und Dörfern an der chinesischen Küste, ja ein persönliches Erscheinen vor dem Himmelssohne selbst für denselben Betrag an Zeit und Pulver zu erkaufen gewesen wäre, und zwar ehe eine neue Schar von Geiern aus Frankreich oder Amerika sich an den chinesischen Küsten versammelt hat, bereit, das Opfer zu zerreißen, was wir, nicht grade zu unserer Ehre, niedergeschlagen haben. Wir dürfen jedoch, indem wir diese Zweifel in Betreff unserer frühern Militairpolitik aussprechen, nicht aus den Augen verlieren, daß seit dem letzten Sieg eine entschiedenere Lust zum Unterhandeln sich gezeigt haben soll. Der Kaiser selbst hat eiligst den Kaufmann Pomqua aus Kanton holen lassen, damit die Barbaren nicht missverstehen möchten, was er ihnen zu sagen habe. Wie unverständlich es deshalb auch ohne Zweifel sein würde, wenn wir unsere Truppenbewegungen durch diese Eröffnungen im mindesten unterbrechen ließen: so können wir doch die Hoffnung nicht unterdrücken, daß sie die ernste Absicht beweisen, dem ungleichen Kampf ein Ende zu machen, und daß der französische Commentator unserer Politik sich in seiner offenbaren Erwartung eines längern Kriegs getäuscht sehen möge."

Frankreich.

Paris, 17. Nov.

Der Oppositionscandidat Hr. Levasseur, ein Kaufmann aus Rouen, ist in Dieppe zum Mitgliede der Deputirtenkammer gewählt worden, da diese Stelle durch den Tod des bisherigen Deputirten erledigt war. Sein Mitbewerber war als ministerieller Candidat Hr. Rouland, Generaladvocat beim Appellationsgericht in Rouen. Das Journal du Havre spricht bei der Mittheilung dieses Ausgangs der Wahl Bedauern aus über die Art und Weise, in der dieselbe bewirkt worden sei. Um sich den Sieg zu verschaffen, habe Hr. Rouland versprochen, seinen Einfluß bei der Regierung zu benutzen, um der Stadt Dieppe eine Reihe von Localvortheilen zuzuwenden, wie z. B. Vertiefung des Hafens zur Aufnahme von Schiffen, die mit dem Baumwollenhandel beschäftigt seien, Errichtung einer Baumwollenniederlage, Uebereinkunft mit der General Steam Navigation Company, daß diese eine der besten Dampfschiffe zwischen Dieppe und Brighton fahren lasse u. Hr. Levasseur habe dagegen verheißen, der Stadt alle diese Vortheile durch Beiträge aus eignen Mitteln und durch seinen Einfluß bei andern Capitalisten zu verschaffen, ja sogar selbst ein solches Dampfschiff bauen zu lassen, sodas Dieppe von der General Steam Navigation Company völlig unabhängig sei. Er siegte mit geringer Majorität.

— Ein Correspondent der Times berichtet aus Paris, daß allem Anscheine nach Hr. Thiers bei Eröffnung der nächsten Kammeression ins Ministerium treten werde. Man versichere jedoch, daß keine Kriegspläne damit in Verbindung ständen, sondern nur die Absicht, unter seiner Beihilfe verschiedene Gesegentwürfe durchzubringen, wie z. B. eine Dotation für den Herzog von Nemours.

— Durch eine Ordonnanz des Königs ist der Summihandel am Senegal neu geordnet und unter vielfachen Beschränkungen für frei erklärt worden.

† Paris, 17. Nov. Die von englischen Blättern gegebene Nachricht von einem Aufstande der Araber in der Provinz Bona und von einer Einschließung dieser Stadt ist freilich durch die direct

aus Afrika eingegangenen Nachrichten bis jetzt noch nicht bestätigt worden, allein sie darf darum nicht ohne weiteres als ungegründet angesehen werden, denn es fehlt seit längerer Zeit an allen Mittheilungen aus Bona, dessen Verbindungen mit Algier ziemlich unregelmäßig und selten sind. Die letzten Nachrichten von dort reichen bis zum 31. Oct., wo die beiden Dampfschiffe Tenare und Gassendi, welche die Reliquien des heil. Augustin und ihr Gefolge von Bischöfen und Geistlichen dahin gebracht hatten, von dort wieder unter Segel gegangen sind, um über Algier nach Toulon zurückzukehren. Die Ceremonie der Installation dieser Reliquien hat drei Tage gewährt und ist mit großem Pomp gefeiert worden. — In Algier selbst ist in letzter Zeit nichts Bemerkenswerthes vorgekommen. Die Siegesbulletins der verschiedenen Generale, die uns seit einigen Monaten so oft von ihren Thaten unterhalten haben, sind mit dem Eintritte der schlechten Jahreszeit verstummt, und die Berichte über den triumphirenden Fortschritt der Colonisation sind seitdem gleichfalls sehr kleinlaut geworden. Aus Toulon und überhaupt dem südlichen Frankreich wird gemeldet, daß consensliche Truppenmassen auf dem Marsche nach Afrika begriffen sind. (Nr. 326.) Man begreift die Nothwendigkeit zahlreicher Verstärkungen für das afrikanische Heer, wenn man sich erinnert, daß dasselbe schon vor mehreren Monaten über 24,000 M. Kranke hatte, eine Zahl, die sich in Folge der letzten Expedition noch bedeutend vermehrt haben wird. Man weiß überdies, daß das System des Generals Bugeaud, weit entfernt eine Verminderung der in Afrika verwendeten Truppen zu erlauben oder auch nur in nahe Aussicht zu stellen, die Beibehaltung einer Armee von 78—80,000 M. für eine lange Reihe von Jahren als eine Bedingung sine qua non der Befestigung der französischen Herrschaft in Algerien verlangt.

* Metz, 18. Nov. Gestern hatten sich zu einer bestimmten Stunde sämtliche Gerbergesellen, mehr als 300 an der Zahl, ein Rendezvous auf dem hiesigen Napoleonsplatze gegeben, um dort mit der Polizeidirection zu parlamentiren. Die Seille nämlich, ein Seitenflüßchen der Mosel, ist durch die Stadt geleitet und gibt den Gerbern das nöthige Wasser zu ihren Arbeiten. Das Geniecorps hat es aber für nöthig erachtet, bedeutende Reparaturen an den an den Ufern der Seille liegenden Werken vorzunehmen, und zu diesem Zwecke die Schleusen heruntergelassen. Hierdurch ist seit mehr als zwei Monaten der unterhalb jener fortificatorischen Arbeiten liegenden Gerberstraße das Wasser benommen, und die Gerber sahen sich genöthigt, aus Mangel an Arbeit ihre Gesellen zu entlassen. Die Lage dieser Letztern war um so trauriger, als der Winter vor der Thür ist. Sie waren deshalb übereingekommen, ihre Klagen in oben angeführter Weise an den hiesigen Polizeidirector zu bringen, der sofort die nöthigen Schritte bei der Militairbehörde zu Gunsten der Gerber that. Diese Behörde hat keinen Augenblick angestanden, die Schleusen aufziehen zu lassen, und heute schon ist Alles in alter Ordnung. Die Versammlung der Gesellen hat übrigens ohne alle Excesse stattgefunden. — Das Gouvernement hat kürzlich die Bevölkerungsliste Frankreichs veröffentlicht. Die Bevölkerung beläuft sich auf 34,200,000 Einwohner. Dieses Mal ist der Zuwachs der Bevölkerung bedeutend geringer, als es bei den nächstvorhergehenden Zählungen der Fall war. Viele Departements sind in dieser Beziehung geblieben wie sie waren, in andern hat die Bevölkerung in den letzten fünf Jahren abgenommen. Im Allgemeinen hat Vermehrung nur in denen stattgefunden, die bereits überbevölkert sind, die Bevölkerung der industriellen Departements ist gestiegen, die der ackerbauenden hat sich vermindert. Betrachtet man die Zunahme der Bevölkerung in den übrigen Staaten und vergleicht sie mit der Frankreichs, so ist dieses das Land, wo sie am langsamsten steigt. Zur Verdoppelung der Einwohnerzahl bedarf Preußen 39 Jahre, Oesterreich 44, Rußland 48, Großbritannien 52, Spanien 62, Italien 68, die Niederlande 84, Mitteldeutschland 120, Frankreich 125. Untersuchungen über diese Erscheinung anzustellen ist nicht unsere Absicht: wir bemerken nur, daß die nördlichen Länder, die ausgedehnten slawischen Gegenden, dem Leben Ressourcen bieten, die die in engen Grenzen eingeschlossenen südlichen Staaten nicht besitzen. Außerdem erschafft der hohe Grad von Civilisation in Frankreich, im innern Deutschland, in den Niederlanden eine Menge von Bedürfnissen und knüpft die Existenz des Individuums an eine Masse von Bedingungen, deren Erfüllung dem schnellen Vermehren der Einwohnerzahl hindernd entgegentritt. Nur England macht hierin eine Ausnahme: sein Handel, seine Schifffahrt, seine Colonien bieten den Bedürfnissen seiner Bevölkerung die nöthigen Hülfquellen. Frankreich hat also um so mehr Ursache, seine afrikanischen Besitzungen zu benutzen. Wenn Natur und Verhältnisse der numerischen Entwicklung dieses Landes Grenzen setzen, so muß es sich für diesen Nachtheil in Afrika zu entschädigen suchen. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, anderer Gründe nicht zu gedenken, ist es eine kluge Politik, die Frankreich bestimmt, alle seine Kräfte aufzu-

bieten, wir beg Afrika rung ist Zweifel rischen die D zösischen civilisirte Staater entscheid aus zu wir es anders z Ereigniß freilich Nomade sen. N Christen reich, e Mittel z wahr ist, Art hab als an d der Pro sich an d mit dem Luft der bauen. tigkeit, d Namen g aber wen wozu die tanten er Cäsarea, Römer u Unter s Schritte bewegen, ten, oder diesem B schof jede

Brü

In die Antw der Königs hnd. W stattet, u merziellen tantenfam lande bew gien seine Kinder sch die schon f die Hausf Graf Bar manet de Berichten eigner M maß vorge den Staat tantenkam das Budg

** Au hältnisse er berichten g wenn Sie tern entne spondenten chene Corr siren Wel auf Java ren als ich Europäer, zu sagen.

bieten, die Provinz Algerien zu behaupten und zu colonisiren, und wir begreifen die Leute nicht, die den Franzosen aus ihrem Kriege in Afrika einen Vorwurf machen. Die Veranlassung zu dieser Eroberung ist zu allgemein bekannt und gewürdigt, als daß nur der leiseste Zweifel über das Recht der Franzosen herrschen könnte. (?) Die militärischen Folgen des Factums liegen in der Gewalt der Umstände, und die Declamationen gegen die sogenannten Unmenschlichkeiten der französischen Generale bedeuten nichts. (?) Man kann den Krieg gegen uncivilisirte, nomadisirende Stämme nicht führen wie gegen europäische Staaten, wo meist die Eroberung der Hauptstadt den ganzen Kampf entscheidet. Wir sind weit entfernt, den Arabern einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie ihre Unabhängigkeit vertheidigen, doch können wir es auch den Franzosen nicht verdenken, daß sie grade so und nicht anders zu Werke gehen. Und sie werden, wenn keine europäischen Ereignisse dazwischen treten, ihren Zweck erreichen. Bis jetzt sieht man freilich an jenen Küsten nur noch arme Dörfer, unbebautes Land und Nomaden, die hier und dort ohne Sitz und Eigenthum umherschweifen. Aber dieses Land urbar zu machen, die Civilisation und das Christenthum dorthin zu verpflanzen, ist grade die Aufgabe Frankreichs, eine Aufgabe, um die es nur zu beneiden ist. Selbst wenn die Mittel zur Erreichung des Zweckes unmenschlich erscheinen, und wenn es wahr ist, daß der unruhige Geist der Franzosen stets Beschäftigung dieser Art haben muß, so ist es besser, daß er sie jenseit des Mittelmeeres als an den Ufern des Rheins findet. Uebrigens geht die Colonisirung der Provinz Algerien rüstig vorwärts. Eine Menge Dörfer erheben sich an den Grenzen der Regenz sowol als im Innern derselben, und mit dem Vertrauen, daß das Land behauptet werde, steigt auch die Lust der ausgedienten Soldaten, sich dort niederzulassen und anzubauen. Auffallend ist es übrigens, wenn auch ohne besondere Wichtigkeit, daß die Franzosen allen jenen neugeschaffenen Dörfern arabische Namen geben. Das mag allerdings bequem für die Eingeborenen sein, aber wenn das Land eine französische Besizung sein und bleiben soll, wozu die arabischen Namen? Als die Römer Numidien und Mauritien eroberten, brachten sie auch ihre Sprache nach Afrika, und Julia-Cäsarea, Constantina, Stora u. zeugen noch heute davon, daß die Römer einst dort herrschten. — Unsere hiesige Gesellschaft zur Unterstützung der Christen in Palästina und Syrien hat Schritte bei dem Bischof Arnoldi in Trier gethan, um diesen zu bewegen, eine ähnliche Gesellschaft in Trier und seiner Diöcese zu stiften, oder wenigstens thätigen Antheil an dem hiesigen Verein, der zu diesem Zwecke besteht, zu nehmen. Es scheint aber, als ob der Bischof jeden derartigen Vorschlag abgelehnt habe.

Belgien.

Brüssel, 16. Nov.

In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer ward die Antwort verlesen, welche der König nach der Empfangnahme der Antwortsadresse auf die Thronrede ertheilt hat. „Meine Herren, sprach der König, Ich betrachte den Beginn Ihrer Session als glückverheißend. Vermöge der Arbeiten, die wir vollendet haben, ist uns gestattet, unsere Aufmerksamkeit fast ganz auf die finanziellen und commerciellen Fragen zu richten. Ich bin überzeugt, daß die Repräsentantenkammer bei ihren neuen Berathungen dieselbe Liebe zum Vaterlande beweisen wird. Ich kann nur mit Ihnen wiederholen, daß Belgien seine wirkliche Kraft aus der Eintracht und Einigkeit aller seiner Kinder schöpft.“ Nach Verlesung dieser Antwort wiederholte Hr. Doy die schon früher (Nr. 332) von ihm angestellte Erkundigung in Bezug auf die Hausfuchung, welche auf das Gerücht von der Flucht des Generals Graf Vandermereen im Landhause des Senatsmitgliedes Vicomte Desmanet de Diesme stattgefunden. Der Justizminister erwiderte, nach den Berichten der Gendarmerie sei sie von einem Gendarmenwachmeister aus eigener Machtvollkommenheit, jedoch den bestehenden Anordnungen gemäß vorgenommen worden. Er erwarte nähere Berichte vom betreffenden Staatsanwalt und werde diese später mittheilen. Die Repräsentantenkammer bewilligte hierauf einen Zuschuß von 41 Mill. Fr. für das Budget des Kriegsministeriums.

Niederlande.

** Aus Java, 30. Jun. Die politischen und commerciellen Verhältnisse erleiden hier so wenig Veränderungen, daß sie höchst wenig zu berichten geben, selbst wenn ich gründlich vertraut damit wäre, selbst wenn Sie nicht eben so schnell alles Nöthige den holländischen Blättern entnehmen könnten. Reichen Sie mich also unter Ihre Correspondenten in partibus. Was mich am meisten hindert, die versprochene Correspondenz zu beginnen, ist meine Entfernung von der civilisirten Welt. Ich wäre gar nicht erstaunt, wenn Sie von Bielefeld, was auf Java und in Indien geschieht, früher und besser unterrichtet wären als ich. Auf meiner Station besteht meine Gesellschaft aus einem Europäer, einem Kippappen und den Malaien, und über die ist wenig zu sagen. Sie haben noch keine Idee von Meetings, Toasten, geist-

reichen Neujahrsbegrüßungen, Theater, selbst nicht einmal von Emancipation der Frauen, so häufig sich auch die gelben Schönen von ihren resp. Ehemännern auf eine gewisse Weise emancipiren. Auch von Eisenbahnen, von Expropriationsgesetzen und dergleichen ist in meiner Wildniß noch nie die Rede gewesen. Die Hauptfrage von Seiten der Herrscher ist: Können ihr mehr bezahlen? von Seiten der Beherrschten: Wie müssen wir es anfangen, um mehr faulenzen zu können, ohne zu verhungern? (Nr. 280.)

Deutschland.

Die Behauptung deutscher Zeitungen, daß die Beschlüsse der Stuttgarter Zollconferenz in England früher bekannt gewesen seien als in Deutschland, woraus Vorwürfe sehr entgegengesetzter Art hergeleitet wurden, nämlich einerseits, daß die Verhandlungen nicht offen genug, andererseits, daß sie nicht geheim genug geführt worden wären (Nr. 322 und 326): diese ganze Behauptung erscheint unbegründet, wenn man die Bemerkungen liest, mit welchen die Times ihre Mittheilung des amtlich veröffentlichten Zolltarifs begleitet. „Dieses Actenstück, sagt sie, welches so lange erwartet worden und über dessen Inhalt von unsern Fabrikanten so viele schreckliche Prophezeiungen vorgebracht wurden, ist uns endlich gekommen, und es freut uns, sagen zu können, daß die so allgemein verbreiteten übeln Vorhersagungen sich fast gänzlich unbegründet erwiesen haben. Ja, wir hätten kaum erwartet, dieses Actenstück gegen britische Interessen und britischen Handel so harmlos zu finden. Die wichtigsten britischen Ausfuhrartikel sind mit einer Ausnahme, der gemusterten Waaren aus einer Mischung von Baumwolle und Wolle, wie z. B. Mouffeline de laine, fast in derselben Lage geblieben, in die sie durch den vorigen Tarif gekommen waren; unsere Eisenausfuhr ist eben so wenig berührt worden, obwohl augenscheinlich von mehreren deutschen Staaten, welche diesen Artikel produciren, eifrige Anstrengungen gemacht wurden, eine höhere Besteuerung aller Arten des englischen Eisens herbeizuführen, wie auch fast die Hälfte dieser Staatschrift mit Protokollen und Gründen für und wider die Erhöhung des Zolls auf die beiden Artikel Baumwolle und Eisen angefüllt ist. Glücklicherweise erkannten jedoch einige der bedeutendsten und einflußreichsten Staaten des Vereins das Unheil, welches der allgemeinen Wohlfahrt des deutschen Handels eine höhere Steuer zufügen würde, die den eignen Verkehr in einem kaum zu berechnenden Grade beeinträchtigt hätte. Die Folge war, daß mit Ausnahme der Erhöhung auf gedruckte Waaren aus einer Mischung von Baumwolle und Wolle der Tarif im Wesentlichen sehr wenig verändert worden ist.“

München, 18. Nov. Aus den sechs von der Kammer der Abgeordneten für ihre beiden Präsidentenstellen erwählten Candidaten hat der König zum ersten Präsidenten den Finanzminister Grafen v. Seinsheim und zum zweiten den Professor Hofrath Bayer ernannt. In einer weitern Sitzung, welche diesen Morgen stattfand, hat die Kammer ihre beiden Secretaire gewählt, und zwar als ersten den Bürgermeister zu Regensburg Frhrn. v. Ebon-Dittmer und als zweiten den Regierungsdirector Dr. Windwart.

* Dresden, 21. Nov. Diesen Morgen begannen die öffentlichen Sitzungen der Kammern, und zwar in der zweiten auf eine das allgemeine Interesse im höchsten Grade spannende Weise. Der Abg. Todt erneuerte nämlich seinen Antrag auf Abgabe einer Adresse auf die Thronrede, da der Präsident der ersten Kammer von der zweiten Kammer keine Vollmacht zu Beantwortung der letztern gehabt habe. Blicken wir auf das Schicksal dieses bereits bei allen früheren Ständeverfassungen verhandelten Punktes zurück, so brachte im Jahr 1833 der Abg. Schulz den Antrag einer Dankadresse vor, wegen Aufnahme der bäuerlichen Abgeordneten in die Ständeverammlung. Bei der Debatte wurde eine solche als eine auch bei andern Kammern übliche Adresse auf die Thronrede behandelt, bekämpft und mit 54 gegen 15 Stimmen zurückgewiesen. Im Jahr 1836 wiederholte v. Dieskau den Antrag auf eine solche Adresse, allein er wurde auch hier wieder, und zwar mit 61 Stimmen unter circa 80 Abstimmenden verworfen. Im Jahr 1839 wurde derselbe Antrag vom Abg. Todt erneuert, aber mit 53 gegen 17 Stimmen abgeworfen. Kein günstigeres Schicksal schien der gleiche Antrag desselben Abgeordneten auch diesmal zu haben, da sowol der Präsident Haase als der Vicepräsident Eisenstück, sowie andere Mitglieder sich dagegen erklärten und das Ministerium wiederholt diesen Act als einen unnützen, zeitraubenden und gefährlichen bezeichnete, indem sich die Mitglieder ihre Meinungen im voraus bänden. Grade diese Auffassung und der Umstand, daß von mehreren Vertheidigern des Antrags aus den Aeußerungen des Ministers v. Lindenau die Behauptung herausgezogen wurde, man bestreite der Kammer das Recht einer Adresse, und es handle sich daher um das Princip (wogegen sich jedoch der Minister schlechterdings verwahrte), mochte mit dazu beigetragen haben, daß man der Frage mehr Aufmerksamkeit als früher schenkte. Und als es daher zur Abstimmung kam, welche auf Antrag des Vicepräsidenten Eisenstück durch Namensaufruf erfolgte, stimmten 39 Mitglieder für und 36 Mitglieder gegen den Todt'schen An-

trag, so daß diesmal zum ersten Mal eine Adresse der zweiten Kammer an den König übergeben werden wird.

Hannover, 16. Nov. Was einigermaßen auffallend erscheint, ist, daß man über den definitiven Abschluß der in London geführten Unterhandlungen über den Brunshäuser Zoll noch immer nichts Bestimmtes vernimmt, obgleich die englischen Blätter schon vor mehreren Monaten den definitiven Abschluß als sehr nahe bevorstehend meldeten. Hofrath Hüpeden befindet sich noch immer in London. — Die gegen den Altermann Breusing in Osnabrück wegen seiner bekannten, in der zweiten Kammer der allgemeinen Ständeversammlung im Juli d. J. gethanen Aeußerung über die Gewissenhaftigkeit der Rätthe des Königs eingeleitete Criminaluntersuchung ist, wie man hört, in erster Instanz durch ein freisprechendes Erkenntnis des hannoverschen Stadtgerichts, welches bekanntlich die Untersuchung führte, beendet worden. Da dieses Gericht bereits früher eine Entscheidung dahin abgegeben hatte, daß Gründe zur Einleitung einer Criminaluntersuchung nicht vorhanden seien, so war ein solches Ergebnis unschwer vorauszu sehen. Für die Intentionen indessen, welche bei Denunciation jener Breusing'schen Aeußerung zum Grunde lagen, ändert ein solches freisprechendes Erkenntnis nur wenig, da man jetzt ohne Zweifel die Sache durch den Staatsanwalt zunächst an die Justizkanzlei und endlich an das Oberappellationsgericht bringen wird, dadurch also Breusing der Ständeversammlung entzogen würde.

† **Frankfurt a. M., 19. Nov.** Der wiederholt an unsere Einwohnerchaft erlassene Aufruf, sich bei dem Verein gegen Thierquälerei zu betheiligen, hat vielfachen Anklang gefunden. Bei der vorgestern stattgehabten Generalversammlung waren einige hundert Mitglieder zugegen; die Zahl der unmittelbar eingelaufenen Anmeldungen aber mag sich wol auf das Doppelte belaufen. Der Verein steht unter der Leitung eines Präsidenten, dem ein Ausschuss von 15 Mitgliedern zur Seite steht; der Jahresbeitrag eines jeden Vereinsgliedes ist auf 30 Kr. festgesetzt; außerdem werden noch freiwillige Beisteuern angenommen. Die Einnahme soll, nach den Satzungen des Vereins, hauptsächlich auf die Anschaffung und Verbreitung solcher Druckschriften verwendet werden, welche Gefühlsverehrung der untern Volksklassen bezwecken. In allen einzelnen Fällen sind die Vereinsglieder ermächtigt, die Beihilfe der Polizeibehörde in Anspruch zu nehmen, die solche zu leisten amtlich angewiesen ist. Zum Präsidenten des Vereins wurde der Stadtpfarrer Dr. Kirchner erwählt. — In der Gasbeleuchtungs-Angelegenheit hat der Senat in seiner Sitzung am 15. Nov. einen Beschluß gefaßt, welche deren endliche Erledigung in einer den Wünschen und Interessen des Publicums entsprechenden Weise hoffen läßt. Derselbe nämlich hat das auf seine Veranlassung vom Bauamte angefertigte und ihm zugestellte „Lafstheft“ gebilligt und sich für die Anberaumung eines Adjubicationstermins, unter Zugrundlegung der in diesem Heft für die Concurrenten festgestellten Bedingungen entschieden. Zur Concurrenten aber sollen Fremde wie Einheimische zugelassen werden, wiewohl, wie man hört, gegen die Zulassung der Erstern, die für die Harzgasfabrik concessionirte Gesellschaft Einspruch unter dem Vorwande erhoben hatte, daß der in der betreffenden Urkunde bezeichnete Vorbehalt sich auf Einheimische beschränke. Jetzt bedarf der vorbereitete Senatsbeschluß, um zur Ausführung zu gelangen, noch der beifälligen Zustimmung der ständigen Bürgerrepräsentation und der gesetzgebenden Versammlung, worüber jedoch noch einige Monate hingehen dürften. — Einer freilich unverbürgten Angabe zufolge soll sich der vorläufige Kostenanschlag für die Bundesfestungen Ulm und Rastatt auf die Summe von 30 Mill. Fl. belaufen. Die Zahlungen werden von der Bundeskasse geleistet; wegen Uebermittlung der Theilzahlungen aber soll, wie man hört, mit dem hiesigen Hause Rothschild eine Uebereinkunft getroffen sein, wonach dasselbe, gegen eine mäßige Vergütung, es übernimmt, sich den betreffenden Zahlungen an Ort und Stelle auf eigene Gefahr und Kosten zu unterziehen.

Preußen.

Die in Nr. 312 von uns mitgetheilte Berichtigung einer Aeußerung der Rheinischen Zeitung über die H. Seiffart, Hesse und Krause wird uns aus Berlin von anderer Hand bestätigt, indem zugleich bemerkt wird: „Für Den, welcher weiß, wie legislatorische oder bedeutendere Verwaltungsmaßregeln im preussischen Staat in gesetzlich bestimmter Art vorbereitet und beschloffen werden, kann kein Zweifel darüber obwalten, daß dieselben keineswegs einzelnen Rätthen in den Ministerien beigemessen und als Ergebnis ihrer individuellen Thätigkeit bezeichnet werden können, sowie daß System und Principien der Staatsverwaltung von der Persönlichkeit der in den betreffenden Zweigen derselben beschäftigten einzelnen Beamten so unabhängig sind, daß sie durch deren Wechsel nicht wesentlich berührt werden.“ Den Regierungsrath Hesse insbesondere betreffend, wird in derselben Correspondenz der für seine Versetzung in Nr. 293 vermuthungsweise angegebene Grund ebenfalls bestätigt und bestimmter ausgeführt, indem

es heißt: „Nach einer bereits im Anfange des vorigen Jahres ergangenen Cabinetsordre dürfen solche Rätthe, die nicht längere Zeit hindurch bei einem Regierungscollegium gearbeitet haben, in etatsmäßige Stellen der Ministerien nicht einrücken. Diese für Hülfсарbeiter bestimmte Frist war aber für den schon seit mehreren Jahren in dieser Eigenschaft im Ministerium des Innern beschäftigten Regierungsrath Hesse abgelaufen. Seine Versetzung in die Provinz konnte deshalb, ohne mit jener Bestimmung in Widerspruch zu gerathen, seiner anerkannten Fähigkeit und Tüchtigkeit ungeachtet nicht länger aufgeschoben werden.“ Endlich findet sich noch die Erklärung, daß „der geh. Oberregierungsrath Seiffart nicht ausgeschieden sei, sondern nur ein anderes Departement zur Bearbeitung erhalten habe, wodurch Das, was in andern Blättern in Beziehung auf diesen talentvollen und thätigen Beamten geäußert worden, erledigt sei.“

— Die Triersche Zeitung enthält Folgendes: „Die in Nr. 300 und 301 der hiesigen Zeitung enthaltenen Artikel wegen Einführung einer verbesserten Communalverfassung (Nr. 314), welchen die Aufzählung hinzugefügt worden, daß sich Stimmen über diesen Gegenstand in den Tagesblättern äußern möchten, geben uns Veranlassung, daran zu erinnern, daß die Entwerfung einer die Interessen der Städte und der Landgemeinden gleich sehr berücksichtigenden Gemeindeordnung mit Zweckung einer dem deutschen Charakter entsprechender Vertretung der Gemeinden und ihrer Enthebung von nachtheilig erkannten Beschränkungen in der Verwaltung ihrer Localangelegenheiten schon früher von den Staatsbehörden angeregt und vorbereitet, und von dem Landtage beraten worden ist, und daß des Königs Majestät in dem veröffentlichten Landtagsabschiede vom 7. Nov. 1841 (ad 10) zu erklären geruht haben, daß die Redaction der über die Communalverfassung der Städte und Landgemeinden in der Rheinprovinz zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen ihrer Beendigung nahe und die baldige Publication derselben zu erwarten ist. Trier, den 11. Nov. 1842. Königl. Preussische Regierung.“ Die Triersche Zeitung knüpft hieran in ihrem nächsten Blatte folgende Betrachtung: „Somit wäre diese große, unsere Provinz so mächtig interessirende Angelegenheit im Begriff, aus dem ersten, dem Vorbereitungsstadium, in das zweite, in das Stadium der Ausbildung, überzutreten. Wir haben also zu erwarten, daß dem im nächsten Frühjahr zusammenzutretenden Provinziallandtage der desfallsige Gesetzentwurf zur Berathung vorgelegt werden wird, und es ist daher von der größten Wichtigkeit, daß die Abgeordneten, welche vom Throne berufen sind, die Interessen unserer Provinz zu vertreten, hierzu hinlänglich in den Stand gesetzt werden. Wie wäre dies wol anders zu erreichen, als durch öffentliche Besprechung der Mängel der alten Verfassung und durch von allen Seiten geäußerte Kundgebung der dem Gefühle sich aufdringenden Bedürfnisse! Wer demnach durch Patriotismus und praktische Kenntniß der Verhältnisse der Stadt- und Landgemeinden sich berufen und im Stande fühlt, die hin und wieder noch sehr unklaren Begriffe über Communalverhältnisse aufzuklären, zögere jetzt nicht, sein Scherflein zum allgemeinen Besten beizutragen. Hierzu möchten aber, unserer Ansicht nach, die intelligenten Bewohner des Landes vorzüglich sich gedrungen fühlen müssen, da es an ihnen ist, zu beweisen, daß die Bedürfnisse der Städte auch die ihrigen sind.“

† **Aus Ostpreussen, 16. Nov.** Vor einigen Tagen hat der Königsberger Magistrat an die Stelle des abgetretenen Directors Lucas den Divisionsprediger Dr. J. Rupp zum Director des Kneiphöfischen Gymnasiums erwählt. Dr. Rupp ist als ein vielseitig gebildeter Mann und tüchtiger Denker vortheilhaft bekannt. Die Bestätigung der auf ihn gefallenen Wahl hängt von dem Minister Eichhorn ab, der sie wahrscheinlich nicht verweigern wird, da Dr. Rupp außer seiner ausgezeichneten wissenschaftlichen und pädagogischen Qualification auch jeder Zeit eine tadellose Gesinnung an den Tag gelegt hat. Zu den Dunkelmännern gehört Dr. Rupp aber nicht. (Ueber eine von Dr. Rupp gehaltene Festrede berichtet die heutige Beilage unter „Kunst und Wissenschaft“.)

* **Berlin, 19. Nov.** Eine die Tagespresse angehende wichtige Cabinetsordre vom 14. Oct. ist an sämtliche Oberpräsidien in der jüngsten Zeit ergangen. (Nr. 324.) Ihr Inhalt ist kurz der: die inländischen Tagesblätter, nach Analogie der französischen Septemberegesetze, zu zwingen, die ihnen von den Behörden amtlich zugehenden Berichtigungen falscher von ihnen gegebener Mittheilungen in ihren eignen Spalten ohne Einleitung und Zusatz aufzunehmen. In Frankreich, wo es systematische Oppositions- und ausgesprochene antidynastische Zeitungen gibt, die es an Böswilligkeiten, Täuschungen und lügenhaften Erfindungen aller Art, wie sie sie grade gebrauchen, nicht fehlen lassen und wo eben keine Censur „zügelt“, sind solche Mittel allerdings gerechtfertigt; ob aber bei uns „dies ebenso rechtmäßige als nothwendige Mittel, Ausartungen der Presse zu zügeln“ am Orte sei, ist freilich eine andere Frage, deren Aufwerfung um so näher liegt, als in der inländischen Presse gegenwärtig ein gesunder Kern ist, neben dem absichtliche Bosheiten und Lügen nicht bestehen können. — Daß viele Unwahrheiten berichtet werden, ist richtig, daß eine Berichtigung in milder Form, aber ohne den Kanzleianstrich, gern gesehen werden wird, dürfte auch unbestreitbar sein. Hierin kann nur ein Wohlwollen gegen die Presse er-

kannt wer
ländischen
dieses am
beklagten
da ohne
sten Ding
häufig eig
heit und
der amtlic
tes, möge
Arbeit we
nunmehr
gabe sofor
heit gesten
dem Zweifel
Ansicht, j
daß sich
schwer vert
und Spen
der Franze
um so groß
lehrte und
zeichnung
französische
seine bewä
Georg He
ter seiner
Schweiz
boten wo
entspricht
oberegten
geben doch
stab und
wie alljähr
erlassene
gen des sec
Baiern (W
folgenreiche
begehen, s
Sinn dieses
zu beantrag
genüber, ist

H Berlin
ordentlicher
über die Be
nickerfeld
Friedrich II.
alles Grund
ist, die an
fen v. Arni
liner Gewer
übersende
niederfelde
jectirten K
Nothwendig
förderfamst
denfalls stat
rich Wilh
und in kürze
— Obgleich
der Frost hi
überall Zim
ster Thätigk
Erde. Wie
Frühjahr du
straße, sowi
richsstadt in
Querstraßen
Bau des ne
gesäule a
gen, welche
einem impos

o Köln
Geschichte zu
anhaltende
apfel des ne
Apfel, in t
Wehnlichkeit

kannt werden, dieselbe Geneigtheit, die eben die Besprechung der inländischen Zustände in inländischen Blättern freigegeben. Vielleicht wird dieses amtliche Berichtungssystem ein Mittel, den so gefühlten und oft beklagten Mangel der Oeffentlichkeit Seitens der Behörden zu brechen, da ohnehin dieser Mangel und das absolute Schweigen in den wichtigsten Dingen die öffentliche Meinung irre führt und der Regierung gar häufig eigenthümliche Verlegenheiten bereitet. Der König will ja Wahrheit und Offenheit: warum sie also verkümmern und verkürzen? Das der amtlichen Berichtung zu Grunde liegende Princip ist wol ein gutes, möge die Anwendung und die Form dafür nur eben so ausfallen. Arbeit werden die Behörden dann übrigens genug haben, zumal ihnen nunmehr die Verpflichtung obliegt, jeden Irrthum, jede falsche Angabe sofort zu berichtigen, da ja sonst alles nicht Berichtigte zur Wahrheit gestempelt wird. Früher beruhigte man sich wol im Publicum bei dem Zweifel an einer in den Tagesblättern verbreiteten Erzählung oder Ansicht, jetzt wird das anders. So viel dürfte aber auch feststehen, daß sich die bisher beliebte Geheimthuerei mit dem neuen Systeme schwer verträgt. — Der königl. Bibliothekar und Eigenthümer der Haube und Spener'schen Zeitung, Dr. S. H. Spiker, hat von dem Könige der Franzosen den Orden der Ehrenlegion erhalten. Es ist dies eine um so größere Anerkennung, als diese Decoration an auswärtige Gelehrte und Künstler nicht häufig gegeben wird, und eine besondere Auszeichnung für den Decorirten, der, ein gründlicher Kenner und Forscher französischer Literatur und Kunst, in seiner publicistischen Wirksamkeit seine bewährte, loyale, echte vaterländische Gesinnung nie verläugnet. — Georg Herwegh reist heute von hier nach Königsberg ab. Der unter seiner Leitung erst herauszugehende „Deutsche Bote aus der Schweiz“, welcher alle 14 Tage erscheinen soll, ist hier bereits verboten worden. Eine Schrift des Autors wegen allein zu verbieten entspricht der weisen Absicht des Königs, wie er sie zum Schlusse der ebberregten Cabinetsordre vom 14. Oct. ausgesprochen, sicherlich nicht; geben doch selbst einige Hefte einer Zeitschrift noch keinen sichern Maßstab und Anhalt. — Magistrat und Stadtverordnete begehren heute, wie alljährlich, ein Fest zur Erinnerung an die heute vor 33 Jahren erlassene Städteordnung. Vor einem Jahre fiel dieses Fest wegen des sechs Tage zuvor erfolgten Ablebens der Königin-Witwe von Baiern (Mutter unserer Königin) aus. Da die Stadtbehörden dieses folgenreiche Ereigniß, dem sie ihre Selbstständigkeit verdanken, festlich begehen, so sollten sie doch auch nicht unterlassen, im Geiste und Sinne dieses Gesetzes zu handeln und zeitgemäße Fortschritte demnach zu beantragen. Die Fähigkeit im Schweigen, der Presse gegenüber, ist hier noch viel größer als bei den Staatsbehörden.

H Berlin, 19. Nov. Gebaut wird hier noch immer mit außerordentlicher Thätigkeit. Nachrichten des Hamburger Correspondenten über die Bebauung des sogenannten, für Berlin sehr wichtigen „Königlicher Feldes“, welche die Ausführung dieses großartigen, schon von Friedrich II. ins Auge gefaßten Projectes in Zweifel stellten, entbehren alles Grundes, wie aus folgender königl. Cabinetsordre zu ersehen ist, die an die geheimen Staatsminister v. Bodelschwingh und Grafen v. Arnim erlassen und in einer der letzten Nummern des Berliner Gewerbe-, Industrie- und Handelsblattes mitgetheilt ist: „Ich übersende Ihnen anbei eine Vorstellung mehrerer Grundbesitzer des Königlich-Königlichen Feldes vom 4. d. M. im Betreff des durch jenen Stadttheil projectirten Kanalbaues. Da Ich diesen Kanal schon immer als eine Nothwendigkeit erkannt habe, so autorisire Ich Sie, die Wittsteller förderksamst davon in Kenntniß zu setzen, daß die Anlage desselben jedenfalls stattfinden werde. Sanssouci, den 11. Oct. 1842. Friedrich Wilhelm.“ Der Kanalbau soll im nächsten Frühjahr beginnen und in kürzester Frist mit allen seinen Docks und Bassins vollendet werden. — Obgleich wir in der Jahreszeit schon sehr weit vorgerückt sind und der Frost hier und da hemmend in den Weg tritt, so sieht man doch überall Zimmerleute und Maurer in jenem Theile der Stadt in vollster Thätigkeit, und neue schöne Gebäude wachsen gleichsam aus der Erde. Wie verlautet, wird dieser neue Stadttheil schon zum Frühjahr durch Verlängerung der Commandantenstraße und Junkerstraße, sowie der Drangenstraße bis zur Lindenstraße mit der Friedrichsstadt in gerader Linie verbunden, und jene Straßen werden durch Querstraßen durchschnitten werden. — Mit gleicher Thätigkeit wird der Bau des neuen Museums betrieben. — Auch die großartige Siegesssäule auf dem Belle-Alliance-Platz beginnt in die Höhe zu steigen, welche der langen, ganz Berlin durchschneidenden Friedrichsstraße einem imposanten Schlupfunkt geben wird.

○ Köln, 16. Nov. Unter den vielen Aepfeln, die Rumor in der Geschichte zuwege gebracht haben, hat doch keiner eine so große und anhaltende Bedeutung als der winzige Gallapfel. Er ist der Lebensapfel des neuen Paradieses. Freilich scheint er mit dem berühmten Aepfel, in den unser Stammvater gebissen haben soll, die unselige Ähnlichkeit zu haben, daß Diejenigen, die ihn kosten, so häufig den

Keim ihres Unglücks aus ihm saugen, und seine Bitterkeit läßt in so manchem Leben einen dauernden Nachgeschmack zurück. Aber diese Wirkungen gehen nicht auf die Menschheit über. Der bittere schwarze Saft des Gallapfels verwandelt sich in den Lebenswein der Völker. Darum nur zugepflückt die bittere Frucht der Freiheitseiche, lieber sie gekostet als die süße Sklavenfrucht der Verführung. Mag euch ein bewaffneter Mann, der für den Hüter des Paradieses ausgegeben wird, hinaus vor die Thore treiben; er ruft durch seine Gewaltthätigkeit nur die Hülfe der Vorübergehenden für euch auf, und man wird sich mit euch vereinigen, um euren Platz nicht bloß für euch, sondern auch für die Andern wieder zu erobern. Die politischen Märtyrer haben sich in den letzten Jahren in Deutschland auf eine erfreuliche Weise vermehrt. Sie deuten auf eine bessere Zukunft hin. Sie sind die Krystallisationspunkte, um die sich die Theilnahme der Gleichgesinnten zur festen Masse ansetzt; sie sind die Fahnen, um welche die geistigen Streiter sich scharen; sie sind die Sturmvoegel der Zeit, die, wir wollen nicht wünschen einen Sturm, aber doch eine veränderte Bewegung in unserer früher so trägen und dumpfen politischen Luft verkünden. Darum nur immerhin verfolgt, exilirt, verboten, unterdrückt! So oft ihr eine Fessel anbindet, leistet ihr nur der Gegenpartei einen Dienst, denn ihr bereitet ihr ein Halt-Ende, woran sie selbst weiter knüpfen kann. Unter den Fällen, auf die hier hingedeutet wird, gibt es wol keinen schlagenderen als die Ausweisung des Dr. Grün. Das badische Ministerium stellt sich in hartnäckiger Schroffheit dem Volke gegenüber; das Volk hält fest zusammen und ehrt seine Vertreter um so mehr, je mehr sie vom Ministerium angefeindet werden; das Ministerium erkennt, daß offene Gewalt gegen die einheimischen Volksführer oder gar gegen das ganze Volk schlimme Folgen haben werde; da fügt es der Zufall, daß der Redacteur einer dem Volke befreundeten Zeitung ein Ausländer ist, und diesen Umstand benützt das Ministerium, um wenigstens durch ein Beispiel zu zeigen, daß es im Stande sei, seinen Groll in Handlungen auszulassen. Dr. Grün wird also des Landes verwiesen, verwiesen ohne gesetzlichen Grund und gegen das deutsche Bundesrecht. Er wird zum Ableiter des ministeriellen Zorns gemacht und der Proceß Blittersdorff contra die badische Kammer in den Proceß Blittersdorff contra den Dr. Grün verwandelt. Dr. Grün schlägt den unvorhergesehenen Ausweg ein, sich auf dem benachbarten bairischen Gebiete festzusetzen und von da aus nach wie vor die Abendzeitung zu redigiren. Daß er auf diese Weise den gegen ihn geführten Streich parirt, kann nicht geduldet werden. Aber ihm auf badischen Gebiete weiter entgegenzutreten, ist nicht angemessen; man trennt nicht die Abendzeitung vom Dr. Grün, man muß den Dr. Grün von der Abendzeitung trennen. Dr. Grün ist Kammer, Opposition, Volk geworden; Dr. Grün ist der Sündenbock, und der muß geschlachtet werden. Es wird also von Baiern aus hülfreiche Hand geleistet und Dr. Grün mit seiner kränklichen Frau durch Gendarmen auch über die bairische Grenze gebracht. Es fehlt nun bloß, daß sich die Abendzeitung von Hessen aus redigiren ließe, dann würden wir den Dr. Grün bald auch über die hessische Grenze transportiren sehen. Und so könnte es dann weiter gehen, bis der Flüchtlingspfad des Dr. Grün als Faden der deutschen Einheit endlich sämtliche 38 deutsche Staaten an einander gereiht hätte. Es bliebe ihm dann noch ein letzter Weg übrig, nämlich, die deutsche Freiheit von französischem Boden aus zu verfechten. Warum hat Dr. Grün nicht den Versuch gemacht, die Abendzeitung von Frankreich aus zu redigiren? Es wäre die bitterste Ironie gewesen, welche in neuerer Zeit die berühmte deutsche Einheit hervorgerufen hätte. Was wird nun übrigens in Baden erfolgen? Die Mannheimer Abendzeitung wird einen neuen Redacteur erhalten, der seine Schuldigkeit thut wie der Dr. Grün; an der Sache wird also nichts geändert und das einzige Resultat ist, daß man um den Preis einer Rechtsverletzung einen rechtschaffenen Mann mit seiner Familie brotlos gemacht hat, um einem ministeriellen Zorne den Schein der Ohnmacht zu nehmen. Die Badener werden übrigens sicher acclamiren, damit sich nicht wieder ein Preuße oder sonstiger Ausländer in ihre Händel mische und ihre patriotische Eifersucht durch fremde Hülfsleistung beleidige.

**** Posen, 17. Nov.** Unlängst las man in mehreren deutschen Tagesblättern harte Beschuldigungen gegen das hiesige Seminar zur Ausbildung katholischer Geistlichen, wobei zugleich dem Domstarke Seitenhiebe zu Theil wurden. Diese Beschuldigungen waren offenbar ungerecht, denn unser Seminar ist eine Anstalt, wie man sie eben haben will, in welcher Priester fertig gemacht werden, die von Hermes und seiner lehrerischen Lehre gar nichts erfahren und somit vorzüglich geeignet sind, den Absichten der Hierarchie blindlings zu dienen. Ob die Richtung, welche man beim Unterrichte der jungen Leute einschlägt, eine geistig verschimmelte sei, weiß ich nicht, und darum will ich mich aller unbilligen Verdächtigungen enthalten. Gewiß lehrt man

sie, was ihnen gut ist, und verschweigt, was ihnen schaden könnte; ihr Seelenfriede bleibt ungetrübt und ihrem Glauben wird ein sanftes Ruhefissen unterbreitet. Wozu sollen sie auch ihr inneres Gleichgewicht durch die Infectionen von Hermes' Sophismen oder gar von Hegel's logischem Pantheismus in Gefahr bringen! Alles, was einem katholischen Priester an gelehrtem Beiwerke noth thut, erfahren sie von dem Regens und den drei Lehrern der Anstalt, von denen ersterer ihnen das canonische Recht und die Kunst des Katechisirens, zwei der letztern die verschiedenen Disciplinen der eigentlichen katholischen Theologie, und der vierte die Logik und Psychologie beibringt. Außerdem lernen sie aber auch noch Singen und die populäre Medicin. Jetzt geht hier sogar das Gerücht — und es scheint guten Grund zu haben — daß unser Seminar zu einem Stück Universität erhoben und zu diesem Behufe noch mit einigen anderweitigen Lehrkräften versehen werden soll. Das ist gewiß wünschenswerth; denn alsdann brauchen unsere jungen Leute, die sich dem geistlichen Stande widmen wollen, ihre Glaubensreinheit gar nicht erst durch den Besuch von Breslau oder Bonn in Gefahr zu bringen, wo der Umgang mit so vielen Keherischgesinnten ihnen leicht nachtheilig werden kann. Ob es wahr ist, daß man bereits einige Lehrer in Vorschlag gehabt, sie aber hat zurückerweisen müssen, weil der eine, wie man sagt, eine evangelische Braut habe, und bei dem andern ein anderer wichtiger Hinderungsgrund obwalte, weiß ich nicht. Der Vorwurf, daß der Dom die Anstalt wenig beachte, zerfällt in sich, wenn man nur auf den Geist der Anstalt und die jetzt intendirte Erweiterung derselben achtet. — Vorgeftern ist unser Oberbürgermeister, geheimer Regierungsrath Naumann, bekanntlich einer der Protokollführer bei den ständischen Ausschüssen, hierher zurückgekehrt und mit lebhafter Anerkennung seiner erfreulichen Thätigkeiten von seinen zahlreichen hiesigen Freunden empfangen worden. Wie verlautet, will ihm die Bürgerchaft in diesen Tagen ein solennes Diner geben. — Aus den hiesigen Zeitungen erfieht man, daß im Laufe des Octobers acht Kinder, die von ihren Aeltern aufsichtslos in den Wohnungen zurückgelassen worden, ihren Tod in den Flammen des Kamins gefunden haben. Uehnliche Unglücksfälle kommen, trotz wiederholter polizeilicher Warnungen, alljährlich in unserer Provinz in beträchtlicher Anzahl vor. — Der Erzbischof v. Dunin ist erkrankt und hat am Martinstage die üblichen Gratulationsbesuche nicht angenommen; wie ich höre, soll jedoch seine Krankheit nicht gefährlich sein. — Der seitherige Chef des evangelischen höhern Schulwesens im Großherzogthume Posen, Consistorial- und Regierungsrath Jacob, der diesen Posten seit 1824 sehr erfolgreich verwaltete, indem er die Zahl der höhern Unterrichtsanstalten verdoppelt hat, ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden. An seine Stelle tritt der Gründer und bisherige Director des hiesigen Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Dr. Wend, ein noch junger arbeitskräftiger Mann; der sich um das Schulwesen in unserer Provinz schon mannichfache Verdienste erworben hat.

Oesterreich.

Aus dem **beregher Comitatz** meldet die Ugramer Zeitung: „Der griechische unirt Bischof von Munkács setzt die Stände in einem sowol durch Weglassung der Titulatur als durch manche Ausdrücke die Würde der Jurisdiction verletzenden Briefe davon in Kenntniß, daß, wenn die Geistlichen seines Kirchensprengels dem Beschlusse des Comitatz in Betreff der gemischten Ehen nicht Folge leisten, dies ihm zuzuschreiben sei. Der Beschluß lautet nämlich, daß im Falle der Verweigerung der Einsegnung von Seiten des katholischen Geistlichen, letztere durch einen evangelischen Geistlichen vollzogen werde, wobei der katholische Geistliche als Zeuge erscheinen soll. Die Stände waren über die Geringschätzung der jurisdictionellen Würde, die der Bischof schon zum zweiten Mal an den Tag legt, sehr entrüstet, und nur das Versprechen des präsidirenden Administrators, die Uneinigkeiten auszugleichen, konnte eine zweite Fiscalaction abwenden.“

Schweiz.

Von der Schweizergrenze, 14. Nov. Wie man allgemein vernimmt, sind bei dem Vorort mehre vertrauliche Noten in Beziehung auf einen Zollanschluß mit Frankreich eingelaufen. Die Schweiz im Allgemeinen liebt zwar noch immer die Isolirung, in welcher sie sich schon so lange befindet, indessen verlauten dennoch immer mehr Stimmen zu Gunsten einer Uebereinkunft mit dem deutschen Zollverein. (M. J.)

† **Von der nördlichen Schweizergrenze**, 16. Nov. Endlich dürfen wir uns denn freuen, die Strasburger Eisenbahn bald bis ins Innere der Stadt Basel selbst fortgesetzt zu sehen, wie denn überhaupt die Schweiz, obwol sie Eisenbahnen noch nicht besitzt, in den übrigen, Verkehr fördernden Unternehmungen nicht zurückblieb. Man erinnere sich der Gottthardsstraße und der frühzeitigen prachtvollen zwei Gebirgsstraßen im Bündnergebirge, Leistungen, die, denkt man an das Land, welches sie zu Stande brachte, ans Unglaubliche grenzen. — Aus dem Tessin vernimmt man noch immer nicht, welches Schick-

sal von der Volksabstimmung der die Priesterherrschaft einschränkende neue — bald alte Verfassungsentwurf zu gewärtigen habe. Nur das vernimmt man, daß die wohlgesinnten Männer, welche dort zur Stunde noch den Ton angeben, nach allen Seiten hin mit Besittungsmaßregeln beschäftigt sind. Staatsrath Francini zieht aus Graubünden Kräfte heran, um die heimatischen, noch allzu vernachlässigten Forsten besser zu bewirtschaften. Durch Bittschriften soll, verlautet es, auf den tessiner großen Rath eingewirkt werden, daß er in der aargauischen Klosterangelegenheit sich anders als bisher ausspreche. Das muß man ihr nachrühmen, unermülich thätig ist die Pöpsterei! — Der Vorort hat die eidgenössische Zollbehörde nach Bern einberufen und den Ausschuss zur Untersuchung der schweizerischen Handelsverhältnisse mit großer Umsicht bestellt. Als dessen Vorsitziger wurde Schultheiß Neuhaus beizichnet. — Soeben sind in Bern Benedict Dalei's schwarze Lieder erschienen. Von der künstlerischen Seite Gegenstände dieser Art zu betrachten wäre hier der Ort nicht; wir erwählen ihrer nur als eines Zeichens der Zeit. Der Verfasser scheint schon ein älterer, in manchen Lebenskämpfen gehärteter, aber für die Menschheit und seinen, einst wol in der Uebereilung erwählten Stand stark fühlender, katholischer Geistlicher zu sein. In 56, äußerlich an Heine's Ton gemahnenden Liedern flucht er dem Römertum und der Ehelosigkeit, die Schwächen, Entartung und Verbrechen schildern, in die ihre unglücklichen Knechte verstrickt zu werden pflegen. Mit einem bittenden Nachwort wendet sich der Verfasser an Deutschlands Fürsten:

„Heilet die giftigen Wunden und reizet die Menschheit nicht,
Daß sie in ewigen Gräueln sich eigene Bahnen bricht.
Der Mensch ist als Mensch geboren, und will er mit Fleisch und Wein
Natur des Engels erschleichen, so muß er des Teufels sein!
Das ist von der römischen Kirche der ewig eiternde Fleck,
Und alle Beschwörer und Gaultier, sie zaubern ihn nicht hinweg.“

Bereinigte Staaten von Nordamerika.

In **Neuyork** hat am 14. Oct. die feierliche Einweihung der großen Wasserleitung des Croton, wodurch künftig diese Stadt in allen ihren Theilen reichlich mit Wasser versehen sein wird, mit außerordentlichem Gepränge stattgefunden. Die Corporationen jeder Art, politische sowol als kommerzielle, die Wohlthätigkeits- und Mäßigkeitsgesellschaften vor allen, die Vertreter der auswärtigen Mächte, die Nationalbehörden und alle Zünfte nahmen an dem großen Festzuge Theil, der Neuyork von einem Ende bis zum andern durchschnitt. Die Zahl der daran Theilnehmenden und der Zuschauer in den Straßen wird auf mindestens 400,000 angeschlagen. Die Kosten dieses ungeheuren Werkes lassen sich aus den Zinsen der zur Vollendung desselben negociirten Schuld ermessen, welche allein auf nahe an 1 Mill. Dollars sich belaufen. (Pr. St. Ztg.)

Brasilien.

Die neuesten Nachrichten aus **Rio Janeiro** reichen bis zum 17. Sept. Die Insurrection in Minas Geraes hatte nach einem heftigen Gefechte zwischen den kaiserlichen Truppen und den Insurgenten, welches am 20. Aug. stattfand, ihr Ende erreicht. 300 der Letztern wurden gefangen genommen und 700 streckten die Waffen freiwillig. Unter den Gefangenen war einer der Hauptanführer, während der Exdeputirte Ottom und zwei Andere bereits, ehe ein Schuß geschossen war, die Flucht ergriffen hatten. Vier Exdeputirte und ein Senator, unter ihnen der Exregent Feijo, sollen in Rio Janeiro, wegen ihres Antheils an der Insurrection, vor Gericht gestellt werden. Der Baron Carias, dem man die Befiegung der Insurgenten verdankt, war zum Marechal de Campo und zum Gouverneur der Provinz Rio Grande ernannt worden, und man hoffte, daß es ihm um so eher gelingen werde, die Spuren der Insurrection auch in jener Provinz zu vertilgen, da bekanntlich das bisherige Haupt der dortigen Insurgenten, Bento Goncalves, sich bereits der Regierung unterworfen hat. Die Wahlen zu der am 1. Jan. zusammentretenden Legislativversammlung schritten in allen bisher beunruhigt gewesen Provinzen in der besten Ordnung fort; in Alagoas und Pernambuco hatte die Regierung bei denselben die Oberhand behalten. Einige unbedeutende Wahlunruhen in dem kleinen Orte Ceara Cru waren bald unterdrückt worden. — Prinz Adalbert von Preußen war in Rio Janeiro eingetroffen und mit vielem Glanz empfangen worden. Man glaubte daselbst, daß seinem Besuch eine beabsichtigte Vermählung mit der Prinzessin Januaria zum Grunde liege.

Handel und Industrie.

Staatspapiere. Amsterdam, 18. Nov. 2½pc. Int. 52½; Kupf. 5pc. Pope 105%; 4½pc. Panblsg. 132%. Brüssel, 17. Nov. Belg. 3pc. 71%; Blact. 76. Wien, 18. Nov. Blact. 1616; Met. 5pc. 109; 4pc. 100½; 3pc. 77%; 500 fl. e. 141½; 250 fl. e. 109½.

Discounts. Amsterdam, 18. Nov. 2½ %.

Actien. Wien, 18. Nov. Nordb. 73%; Raab. 85%; Rail. 84.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.
Druck und Verlag von **S. W. Brockhaus** in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n .

(Inserate nehmen an: in Leipzig die Expedition; in Berlin die Gropius'sche Buch- u. Kunsthandlung; in Breslau die F. C. G. Seuckart'sche Buchhandlung; in Dresden C. Piesch u. C.; in Frankfurt a. M. W. Kähler; in Hamburg S. A. Meißner's Verlagsbuchhandlung; in Magdeburg W. Heinrichshofen; in Paris Brockhaus u. Xenarius; in Schaffhausen die Brodtmann'sche Buchhandlung.)

Als Weihnachts- und Geburtstagsgeschenke sind besonders zu empfehlen:

[7269]

G. A. Bürger's sämmliche Werke.

Vollständige Ausgabe in 1 Band,

herausgegeben von

W. W. Bohg,

mit dem in Stahl gestochenen Bildnisse des Dichters
und einem Facsimile.

4. 1835. 2 Thlr. 8 gGr. (10 Ngr.)

G. A. Bürger's Gedichte.

Neue Ausgabe in 1 Band.

Druck und Papier wie Uhland's Gedichte.

Brosch. 1 Thlr. 12 gGr. (15 Ngr.)

Graf von Saint-Germain.

Ein Roman

von

Philipp von Münchhausen.

8. Broschirt. 1841. à 1 Thlr. 12 gGr. (15 Ngr.)

Soeben ist erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Schönlein's klinische Vorträge

in
dem Charité-Krankenhaus zu Berlin.

Redigirt und herausgegeben

von

Dr. L. Güterbock.

Zweites Heft.

Neunzehnter — achtunddreissigster Fall.

12 Bogen. 8. 1 Thlr.

Berlin, November 1842.

[7212]

Veit & Comp.

Bei Georg Wigand in Leipzig erschien:

Mieritz Volkskalender für 1843.

Mit 4 Lithographien und vielen Holzschnitten.

Preis 10 Ngr., in Preußen gestempelt 12½ Sgr.

Von den vielen Kalendern dürfte dieser von dem beliebten Volkschriftsteller Mieritz herausgegebene mit Recht den Titel „Volkskalender“ allein verdienen. Der gesammte Inhalt dieses Kalenders ist bis auf wenige technologische Aufsätze von dem Herausgeber selbst geschrieben, und es dürfte wol schwerlich Jemand das auch mit Bildern reich geschmückte Buch unbefriedigt aus der Hand legen. [7168—70]

Durch G. Bethge in Berlin und in allen Buchhandlungen dazu bekommen:

Lessing's sämmtliche schönwissen- schaftliche Schriften.

7 Bände für 2 Thlr.

Vielen Verehrern Lessing's möchten die Gedichte und Schauspiele für diesen Preis schwerlich wieder geboten werden. [7297]

[7338]

Gebr. Grimm's

Kinder- und Hausmärchen.

2 Thle. 4te verb. und um 10 neue Märchen bereicherte Ausg.,
mit 2 Stahlstichen, elegant geb. 1840. 4 Thlr.

Hogarth's Werke.

Mit Erklärungen von

G. C. Lichtenberg,

und verkleinerten aber vollständigen Copien derselben von
G. Niepenhausen.

14 Lieferungen Kupfer. Fol. (Erklärungen 8.) 8 Thlr.

Lichtenberg, G. Chr.,

Bermischte Schriften

nach dessen Tode aus den hinterlassenen Papieren gesammelt und
herausgegeben von

L. Chr. Lichtenberg und J. Kries.

9 Thle. 8. 1800—1806. 4 Thlr. 12 gGr. (15 Ngr.)

Denkmäler der alten Kunst

nach der Auswahl und Anordnung von

K. O. Müller,

gezeichnet und radirt von

K. Oesterley.

Bd. I. Heft 1—5. Bd. II. Heft 1. 2. Jedes Heft mit 15 Kupfertaf.
Quer-4. 5 Thlr. 20 gGr. (25 Ngr.)

Dieterich'sche Buchhandlung in Göttingen.

In der Unterzeichneten ist erschienen:

Hand- und Schul-Atlas über alle Theile der Erde,

in 28 colorirten Karten.

von Professor Dr. J. C. Woerl.

5te Auflage in 28 colorirten Karten.

Preis 3 Fl. 36 Kr., eingebunden 4 Fl.

Einzelne Karten in Parthien für Schulen zu 9 Kr.

Dieser Atlas hat sich seit einer Reihe von Jahren in solcher Weise Bahn gebrochen, daß jede Empfehlung desselben unnothwendig erscheint. Wir bemerken daher nur, daß vor dem Stiche dieser neuen Auflage eine Revision sämmtlicher Karten vorgenommen, und dabei in statistischer Hinsicht die neuesten Veränderungen eingetragen wurden. Zweckmäßigkeit, Richtigkeit, Schönheit des Stiches und Papiers, sowie Wohlfeilheit zeichnen diese neue Auflage vortheilhaft aus.

Freiburg, am 2. November 1842.

[7124]

Herder'sche Verlagsbuchhandlung.

Interessante Neuigkeit.

Soeben ist erschienen:

Gräfin Chateaubriant,

Roman aus der Renaissance-Zeit

von

Heinrich Laube.

3 Bände in 8. Elegant broschirt.

Preis 5 Thlr.

Leipzig, im November 1842.

[7338]

B. G. Teubner.

Den verehrlichen Theater-Intendanten und Directionen, welche das Buch und die Partitur meiner Oper: „**Mienzi, der Letzte der Tribunen**“, zu kaufen wünschen, zeige ich hiermit ergebenst an, daß Beides durch Herrn **W. Fischer**, Chordirector und Opern-Regisseur des königl. Hoftheaters zu Dresden, zu beziehen ist.

Dresden, am 18. November 1842.

Richard Wagner. [7331]

W. A. Mozart's Quartette

für
zwei Violinen, Viola und Violoncelle.

Das immer mehr steigende Interesse für die herrlichen Compositionen älterer Meister der Tonkunst veranlaßt die unterzeichnete Verlagshandlung zu der Herausgabe der

Zehn Original-Quartette

für
zwei Violinen, Viola & Violoncelle
von **W. A. Mozart.**

Diese Ausgabe zeichnet sich durch ihren vorzüglich schönen, correcten Stich und weisses Papier vor allen bis jetzt erschienenen vortheilhaft aus und wird gewiss von den zahlreichen Verehrern Mozart's mit grosser Theilnahme aufgenommen werden.

Um die Anschaffung einem Jeden möglich zu machen, soll die Herausgabe in 10 Lieferungen stattfinden, so dass eine jede ein vollständiges Quartett enthalten wird, und beträgt der äusserst billige Subscriptionspreis für die Lieferung blos

17½ Sgr. = 1 Fl. Rhein.

welcher erst nach dem Erscheinen einer jeden Lieferung gezahlt zu werden braucht.

Die erste Lieferung ist soeben erschienen und kann in jeder Musikalienhandlung zur gefälligen Ansicht vorgelegt werden.

Die Subscription ist bis 31. Decbr. d. J. offen, von diesem Tage aber tritt der erhöhte Ladenpreis ein.

Berlin, den 1. November 1842.

Carl Paez
(vormals Lischke).

[7302]

Apotheken-Verkauf.

Eine privilegirte Apotheke im blühendsten Zustande, mit reinem Medicinalgeschäft, in einer Provinzialstadt, soll aus freier Hand verkauft werden. Ein Theil der Kaufgelder kann darauf stehen bleiben.

Portofreie Adressen sind abzugeben: Intelligenzcomptoir Magdeburg sub Nr. 531. [7056—58]

Echte Strasburger Pasteten in Terrinen,

von Gänselebern pr. Terrine 3 Fl. bis 20 Fl. sammtl. reich m.
" jedem Geflügel 4 " " 20 " Périgord-Trüffel
" Wildpret und Schildkröten 5 " " 20 " feln garnirt u. m.
ferner Moulades (Galantines) 8 " " 20 " schönen Etiquet-
frische Périgord-Trüffeln 3 Fl. 30 Kr. pr. Pfd. ten versehen.
Frankfurter geräucherter Bratwürste 21 Kr. pr. Pfd.

Trüffelwürste, Salami u. sind stets vorräthig und empfiehlt sich zu zahlreichen Aufträgen unter Versicherung der promptesten Bedienung

[7364—69] **Friedr. Becker** in Frankfurt a. M.

Verkauf. Ein Landgrundstück ½ Stunde von Leipzig in der Nähe des Flusses gelegen, welches sich vorzüglich zu einer Fabrikanlage eignet, soll durch Unterzeichneten billig verkauft werden.

Adv. Beuthner sen.,
Leipzig, Alte Burg Nr. 7. [7355—56]

Eine Bibliothek, bestehend in 3000 Bänden aus allen Wissenschaften älterer und neuerer Literatur, soll veränderungshalber baldigst verkauft werden. Katalog ist nicht vorhanden. Briefe werden erbeten W. L. poste restante Leipzig frei. [7354]

Agentur-Übernahme in der Schweiz.

Ein junger thätiger Geschäftsmann in der Schweiz, welcher früher Besitzer und Leiter eines Fabrikgeschäftes war, wünscht die Agentur in der Schweiz für einige große Fabrikhäuser zu übernehmen; er könnte verlangen Falls jede mögliche Garantie leisten. Frankirte Anfragen unter Nr. 444 befördert die Expedition der Leipziger Allgemeinen Zeitung. [7032—34]

Empfehlung des Gasthofes Zur goldenen Krone in Görlitz.

Allen hohen Herrschaften und einem resp. Publicum, besonders auch den Herren Geschäftsreisenden, erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich obigen Gasthof seit dem 1. Juli für eigne Rechnung übernommen habe.

Zweckmäßig verbesserte Einrichtung in Zimmern, sowie in der Wirthschaft, lassen mich hoffen, daß ich mir durch prompte und billige Bedienung die Zufriedenheit des reisenden Publicums erwerben werde.
Görlitz, am 12. November 1842.

Aug. Knauth,

früher Kellner im Hirsch hier.

[7201—2]

Montag, den 12. December a. c.

wird die erste Klasse der 23ten Königl. Sächs. Landes-Lotterie in Leipzig gezogen.

Mit Loosen zu denselben in ¼, ½, ¼ und ¼ empfiehlt sich

P. Chr. Plenckner,
Hauptcollecteur in Leipzig.

[7256—58]

Anerbieten. Ein auswärtiges Fabrik-Haus, das Baiern, Württemberg und Baden jährlich zwei Mal bereisen läßt, erbietet sich Commissions-Aufnahmen gegen Provision für eine ansehnliche sächsische Tuchfabrik mit besorgen zu lassen, indem es im Stande ist, vornehmlich ein Etablissement dieser Art in viele schätzenswerthe Verbindungen in jenen Ländern setzen zu können. Näheres bei der Expedition der Leipziger Allgemeinen Zeitung. [7360—63]

Meinen geehrten Geschäftsfreunden die ergebene Benachrichtigung, wie die seit meinem hiesigen Etablissement vom 1. Januar 1836 von mir stets empfohlene und als in jeder Hinsicht bei weitem vortheilhafteste bewährte Expedition über **hier** und **Tauroggen**, als über **Memel** und **Polangen** nach **Rusland** nun auch bei meinen Concurrenten vollkommene Anerkennung findet, indem die Spediteure in **Memel** und **Polangen** ihre Etablissements daselbst aufgehoben und nach **hier** und **Tauroggen** verlegt haben.

Durch die in Tauroggen nunmehr begründeten Etablissements ist jeder Mangel an Fuhrwerk nach Riga gehoben, und die mir zur Verzollung an der russ. Grenze und Weiterendung pr. Fuhr in das Innere Russlands anvertrauten Güter werden stets die prompteste und billigste Expedition bei mir finden, sowie ich auch die Expedition von Waaren pr. Post von hier aus **direct nach St.-Petersburg und Moskau zur Verzollung** am Bestimmungsort nach wie vor zur Zufriedenheit meiner Committenten besorgen werde.

Ziffit, im October 1842.

[7245—47]

A. F. Beyme.

Associé-Gesuch.

In einem bedeutenden Fabrikgeschäft in einer der ersten Städte am Rhein wird zur grössern Ausdehnung ein Associé gesucht, der über ein Capital von 25 — 30,000 Thalern verfügen kann, um zugleich als thätiger Mitarbeiter dem Geschäft beizustehen. Das Geschäft besteht schon eine Reihe von Jahren, ist keiner Conjectur unterworfen und gibt einen Gewinn von 30 — 40 Proc. Hierauf Reflectirende wollen sich gefälligst in nicht anonymen und frankirten Briefen unter Lit. C. L. Nr. 731 an die Expedition der Leipziger Allgemeinen Zeitung wenden. [7183—86]

(Mit einer Beilage.)

Noch Etwas über die ständischen Ausschüsse. — Serbien. — Personalmeldungen. — Kunst und Wissenschaft.
(* Aus Preußen; * Dresden.) — Handel und Industrie. — Ankündigungen.

Noch Etwas über die ständischen Ausschüsse.

N Berlin, 18. Nov. Die Ausführungen Ihres v. Correspondenten vom 25. Oct. und 1. Nov. c. (Nr. 302 u. 313) über die Stellung unserer ständischen Ausschüsse zur Regierung und zu den ihnen vorgelegten Fragen hat man hier mit vielem Interesse verfolgt, namentlich als einen Vorgang, dem es hoffentlich nicht an Nachfolge fehlen wird, unsere Institutionen mit ihrem eignen Maße zu messen, ihre Tendenzen, ihr „Vermögen und Unvermögen“ lediglich aus ihnen selbst zu beurtheilen, die Blicke von dem Fremden abzugeben und, falls in ähnlicher Weise von Berufenen fortgefahren wird, für die Entwicklung des politischen Bewusstseins des Volks und — der Regierung eine breite, feste Basis zu bereiten. Aus diesem Gesichtspunkte, und da Ihr v. Correspondent nicht die Absicht zu haben scheint, eine vollständige „Krankheitsgeschichte“ der Ausschüsse zu geben und die Verhandlungen selbst im Einzelnen weiter zu verfolgen, will ich aus den Verhandlungen über die Eisenbahnfrage Einiges ergänzend nachholen, namentlich in Bezug auf die von dem Finanzminister gegebene Vorlegung des Finanzzustandes sowie in Bezug auf den Vorbehalt der Wiedererhöhung der Salzsteuer. Die Darlegung des Finanzzustandes erfolgte bei Gelegenheit der Frage über die Zweckmäßigkeit der Zinsgarantie und ergab, daß nach Erlaß der 2 Mill. Thlr. nur ein reiner Ueberschuß von etwa 900,000 Thlrn. verbleiben werde. Diese Auskunft erfolgte, wie gesagt, nur gelegentlich, und um die Ausschüsse in Stand zu setzen, über die Mittel des Staats zur Uebernahme der Garantie ein ungefähres Urtheil zu fällen; daher mag es denn gekommen sein, daß von keiner Seite nähere Aufklärung verlangt wurde, obgleich sie einer solchen sehr zu bedürfen scheint. Die Absicht der Regierung, einen sogenannten „blühenden Finanzzustand“, also möglichst große disponible Ueberschüsse zu erhalten, ist unverkennbar und selbst ausdrücklich ausgesprochen. Bei denselben unentschiedenen politischen Verhältnissen, in denen wir leben, findet diese Absicht ihre hinreichende Erklärung schon in der „historischen“ Furcht vor Finanzverlegenheiten und vor der Nothwendigkeit, sich in solchen an das Volk wenden zu müssen. Die Regierung will wenigstens sich die Freiheit bewahren, sich auch nicht möglicherweise und entfernt in ihrem Entschließen und Handeln abhängig fühlen. Bei dieser Absicht der Regierung, der auf der andern Seite, auf der Seite des Volks, von Andern abgesehen, schon die Gefahr großer disponibler Ueberschüsse gegenübersteht, wäre ein näheres Eingehen der Stände in die „Darlegung“ wol zu wünschen gewesen. Ein Anknüpfungspunkt bot sich einmal in dem Umstande dar, daß, abgesehen von dem hier in Rede stehenden Ueberschusse, 2 Mill. Thlr. disponibel waren, um die Kosten der Convertirung der Staatsschuld (die 2 Proc. der Prämie) zu bestreiten: diese sind nach der Erklärung des Finanzministers „bereits anderweit gedeckt“. Es wäre wünschenswerth und nothwendig gewesen, das Verhältniß aufzuklären, in welchem diese 2 Mill. Thlr. zu dem berechneten Ueberschusse stehen. Ein weiterer Anknüpfungspunkt findet sich darin, daß der Ueberschuß für 1842 von 3,097,000 Thlrn. und demnächst von 2,947,000 Thlrn. wiederholt als „etatmäßiger“ Ueberschuß charakterisirt wird, „correspondirend“ mit dem Ueberschusse des „allgemeinen Etats der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1841“. Jener Ueberschuß beruht also gleichfalls auf einer Berechnung und Reduction der „wirklichen“ Ueberschüsse. Die Grundsätze, nach welchen diese Reduction vorgenommen wird, sind aber an sich unbestimmt und in vieler Hinsicht willkürlich. Um die wahre Lage der Finanzen beurtheilen zu können, kam es daher darauf an, wie hoch der Betrag der „wirklichen“ Ueberschüsse der Einnahmen über die Ausgaben in den letzten Jahren gewesen; wie und wo sich dieselben gebildet haben, und nach welchen Grundsätzen aus diesen wirklichen Ueberschüssen der „etatmäßige“ berechnet ist. Erst auf diese Weise und mit Berücksichtigung der Natur und Dauer der Ausgaben, die doch bereits in Abzug gebracht sein müssen, um den etatsmäßigen Ueberschuß zu gewinnen, hätten die Ausschüsse zu einer Einsicht in die wahre Finanzlage unseres Staats gelangen können. Sie haben aber weder das Bedürfnis gefühlt, noch einen Versuch gemacht, diese Einsicht auf eine von der Regierung unabhängige Weise zu gewinnen. Die Berathung über den Vorbehalt der Wiedererhöhung der ermäßigten Salzpreise hatte verhältnismäßig die meiste Haltung. Sie nöthigte den Finanzminister, die ursprüngliche Fassung der Frage so zu modificiren, daß im Grunde nichts Anderes übrig blieb, als die Frage: ob die Stände, die den Zweck gewollt, nun auch die Mittel wollten? Die ursprüngliche Frage hatte wegen der Specialität des eventuellen Mittels einigen Sinn; in der veränderten Fassung, in welcher nur von einer „möglichem, wenngleich unwahrscheinlichen Wiedererhöhung der Steuern überhaupt“ die Rede war, wollte sie nur sehr wenig bedeuten. Wenn übrigens der Finanzminister aus dem Widerstreben der Ausschüsse gegen eine Wiedererhöhung der Salzsteuer auf den Werth schließen zu dürfen glaubte, welchen die Majorität der Versammlung gerade auf den Erlaß dieser Steuer lege, so beruhte dieser Versuch,

den Ausschüssen nachträglich und gelegentlich eine bestimmte Ansicht über den eigentlich gar nicht zur Berathung gestellten Steuererlaß unterzuschleiben, jedenfalls auf einem Fehlschlusse. Der Erlaß der Salzsteuer kann an sich sehr wenig gerechtfertigt, und dennoch die Opposition gegen eine möglich: Wiedererhöhung derselben durchaus in ihrem Rechte sein. Die Wahrscheinlichkeit einer wirklichen dauernden Erleichterung, namentlich der geringern Volksklassen, durch den Erlaß ist sehr gering, und diese, wenn ich recht unterrichtet bin, von dem Finanzminister bei der Verhandlung über den Steuererlaß gelegentlich auch anerkannt. Eine andere Frage ist aber der — wenn auch nur vorübergehende, doch bedenkliche — Einfluß auf die Lage des ärmern Volks, nachdem die Verhältnisse sich bereits den ermäßigten Salzpreisen gemäß ausgeglichen haben. Es ist der himmelweite Unterschied, der zwischen dem Erlaß einer alten, eingewohnten Steuer und der Einführung einer neuen besteht. Daß die Ausschüsse sich bei diesem Versuche des Ministers beruhigten, und daß es vielleicht auch Kleinlich erschienen wäre, gegen eine Erklärung zu protestiren, auf die im Wesentlichen nichts anzukommen schien, läßt die Gefahr erkennen, der die Ausschüsse ausgesetzt sind: der Vertreter der Regierung aber hätte rücksichtsvoller, schonender mit der so jungen, an sich schwächlichen Institution verfahren sollen.

Im Uebrigen haben die Ausschüsse ihre Stellung wohl erkannt, indem sie entschieden die „Acceptation“ des „Vorbehalts“ ablehnten und wiederholt auf die Nothwendigkeit hindeuteten, die Provinzialstände bei jeder Wiedererhöhung der Steuern zu hören. Der Finanzminister erklärte gleich zu Anfang der Discussion, daß, wenn der Erlaß an der Salzsteuer unter Vorbehalt gewährt werde, die Wiederherstellung derselben keine neue Steuer sei. Wie weit die Wirkung des Vorbehalts reichen soll für den Fall, daß man die Unmöglichkeit der Wiedererhöhung des Salzpreises anerkennen und zu einer andern oder neuen Steuer seine Zuflucht nehmen müßte, ist nicht bestimmt zu erkennen. Die Ansicht der Regierung scheint jedoch zu sein, daß alsdann der Vorbehalt wirksam sei in Bezug auf den Betrag der neuen Belastung — die ermäßigten 2 Mill. Thlr. — daß jedoch die Provinzialstände über die Art derselben gehört werden müßten; wenigstens bemerkte der Finanzminister, daß, wenn von Wiedererhöhung der Salzsteuer abgesehen werde, „von den verschiedenen Provinziallandtagen so verschiedene Vorschläge hinsichtlich der Macht der neuen Steuer eingehen würden, daß das Gouvernement schwer im Stande sein werde, sich über die wirkliche Zweckmäßigkeit irgend eines Vorschlags zu bestimmen“. Der Vorbehalt geht übrigens, wie in der modificirten Fassung der Frage bestimmter hervortritt, auf eine Wiedererhöhung der Steuern um den ganzen Betrag der zugesicherten Ermäßigung von 2 Mill. Thlr., ohne Rücksicht auf den jetzt vorhandenen disponiblen Ueberschuß, auf die nach Herabsetzung des Salzpreises mit Sicherheit zu erwartende Vermehrung der Salzconsumtion und auf die sonstigen Mehreinnahmen, sobald, wenn der Vorbehalt als rechtlich wirksam betrachtet wird, nicht viel Aussicht vorhanden ist, daß die Provinzialstände so bald zur Ausübung der wichtigsten der ihnen zustehenden Rechte gelangen werden. Die Regierung hat alsdann völlig freie Hand, über die vorhandenen und künftigen Einnahmeüberschüsse zu disponiren, und früher oder später auf den „Vorbehalt“ lediglich zum Besten der Eisenbahnen zurückzukommen.

Wenn aber auch, wie bemerkt, ein entschiedenes Anstreben der Ausschüsse gegen den Vorbehalt hervortritt, so sind doch die eigentlichen Gründe gegen die in Anspruch genommene rechtliche Wirkung eines solchen Vorbehalts nirgend mit Schärfe hervorgehoben und mit Muth geltend gemacht. Ganz abgesehen von dem Gesetze vom 17. Jan. 1820, so erfüllt die Regierung überall nur eine Pflicht, wenn sie sich bescheidet, dem Volke nicht zu nehmen, was die Bedürfnisse des Staats nicht erheischen. Ein Steuererlaß im Wege der Gnade hat staatsrechtlich keinen Sinn. Sowie der Erlaß daher ausgesprochen ist und nach Lage des Staatshaushalts ausgesprochen werden muß, tritt das — in den Provinzialständen vertretene — Volk von selbst in seine verfassungsmäßigen Rechte, und diese Rechte können durch einen Vorbehalt, wie man ihn wohl an ein Gnadengeschenk knüpfen könnte, nicht einseitig verkümmert oder geschmälert werden. Der Vorbehalt spricht an sich nur aus, was sich von selbst versteht: daß dem Staate die Mittel nicht fehlen dürfen, seine Bedürfnisse zu bestreiten. Soll er aber die Wirkung haben, eintretendenfalls die Mitwirkung der Provinzialstände auszuschließen, so müßte er von den berufenen Vertretern des Volks — den Provinzialständen — wenigstens zuvor acceptirt werden. Aber selbst das Recht der Provinzialstände erscheint zweifelhaft, dem Vorbehalte durch ihre Acceptation die beanspruchte Wirkung zu geben. Die Provinzialstände haben, wenn es sich um eine

*) Diese einfache, praktisch-verständliche Bemerkung ist interessant, als ein gewissermaßen offizielles Urtheil über den Unwerth der Provinzialstände, dem die Bertheidiger derselben schwerlich etwas Erhebliches entgegensetzen können. Was von den Steuern, gilt von Andern auch.

neue Belastung der Steuerpflichtigen handelt, außer der Art derselben, vor Allem die Nothwendigkeit einer neuen Belastung überhaupt und, mit Rücksicht auf die gesammte Lage des Staatshaushalts, deren Höhe zu berathen. Ich wüßte auch nicht, welchen Werth das den Ständen verfassungsmäßig zustehende Recht, über neue Steuern mit ihrem Rathe gehört zu werden, haben könnte, wenn es bloß darin bestände, über die Art der zu wählenden Steuer sich in verworrenem, theoretisirendem Hin- und Herreden zu ergehen und „der Regierung durch die Verschiedenartigkeit ihrer Vorschläge nur Verlegenheiten zu bereiten“. Ob aber demnächst der Fall der Nothwendigkeit der Wiedererhöhung der Steuern vorliege, kann ebenso wie der Betrag der neuen Belastung nur geprüft werden, wenn das Bedürfnis eintritt; des Rechts dieser Prüfung würden die Stände sich oder ihre künftigen Nachfolger durch Acceptation des Vorbehalts berauben, wozu sie schwerlich berufen und ermächtigt sein dürften. Der Finanzminister sagte: „man müsse den Steuererlaß wie einen Fonds zur Fundirung der Eisenbahnen betrachten.“ Es hat nicht viel Sinn, Eisenbahnen auf einen Fonds zu fundiren, der nicht existirt, und leicht könnte sich dies bei einem künftigen Versuche, die Salzsteuer zu erhöhen, erweisen. Noch weniger aber glaube ich, daß durch eine derartige, ganz beliebige „Betrachtungsweise“ in dem Rechtsverhältnisse, wie es zwischen Regierung und Volk durch den Erlaß ipso jure entsteht, etwas geändert werden kann. Vielleicht könnte eine solche Betrachtungsweise es rechtfertigen, nach Anhörung der Provinzialstände die Steuer vorweg zu bestimmen, deren Erhöhung oder Aufhebung nöthigenfalls zum Besten der Eisenbahnen erfolgen sollte. Immer aber müßte es den Ständen vorbehalten bleiben, sobald das Bedürfnis eintritt, zuvor über Nothwendigkeit und Höhe der neuen Belastung mit ihrem Rathe gehört zu werden. Wie man aber auch den Vorbehalt „betrachten“ möge, immer würde er bekunden, daß die Regierung kein Vertrauen zu ihren eigenen Institutionen hat. Darin würden dann Regierung und Volk auf halbem Wege, von entgegengesetzten Ausgangspunkten aus, sich begegnen, und eine Verständigung sollte nicht schwierig scheinen.

Zum Schlusse noch ein Wort über oder für die scheidenden Mitglieder der ständischen Ausschüsse! Sie kehren jetzt zurück in ihre Heimat, unter ihre Mitbürger, in die Mitte der Provinzialstände, aus denen sie hervorgegangen sind; welchen Eindruck werden sie dahin zurückbringen? welche Stimmen werden sich von dorthier erheben, wo sie frei sind von den Fesseln der „Geschäftsordnung“ und von der Befangenheit in den unmittelbaren Eindrücken ihres Thuns und in dem, was dieses für sie persönlich Befriedigendes und Anziehendes haben konnte; wo sie einen festeren Boden unter ihren Füßen fühlen und aus einer weniger unbestimmten und schwankenden Stellung heraus ihre Ansichten und Wünsche entschiedener und vielleicht wirksamer geltend machen können? Werhehlen wir es uns nicht, vielmehr halten wir es uns stets gegenwärtig, daß die Mitglieder der Ausschüsse selbst vielleicht am wenigsten geschickt sind, über die Natur und das wahre Wesen der letztern ein unbefangenes Urtheil zu fällen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil nichts geschickter ist, die persönliche Eitelkeit zu befriedigen als solche beratende Versammlungen. Jedes Mitglied hat seine volle Gelegenheit, sein Ränzchen mit allerlei „gutem Rath“ auszuwickeln, seine mitgebrachten „Siebensachen“ behaglich auszubreiten. In Versammlungen, die ihrer Natur nach beschließend sind und deren Beschluß dann auch ein Beschluß ist, wird durch die Gewalt der Sache die Berathung gedrängter, concentrirter, und viele subjective Meinungen und Einfälle werden abgeschnitten oder erdrückt, manche kleinliche Gesichtspunkte können sich gar nicht geltend machen, scheuen sich, nur hervorzutreten. Was sich dennoch hervorgewagt hat, wird durch den endlichen Beschluß größtentheils gänzlich abgethan. *) Anders in beratenden Versammlungen. Die „Geschäftsordnung“ wie die Natur der Sache legt es förmlich darauf an, den Mitgliedern Alles, was sie nur auf dem Herzen haben, zu entlocken. Sie fühlen sich geschmeichelt und folgen mit selbstgefälliger Behagen dieser Lockung. Das Maß des Behagens erhebt sich gar bis zum überfließenden Gefühle „freudigen Dankes“, wenn der präsidirende Minister, wie sehr häufig geschieht, eine Aeußerung ins Protokoll aufzunehmen, die eigentlich mit der in Berathung befindlichen Frage gar nichts zu thun hat. So schießt Kraut und Unkraut, Gehöriges und Unehöriges dicht und lustig auf, und die Herren Mitglieder „sind sehr erbaud davon“. Sie haben auch nicht zu fürchten, daß ein grausamer „Beschluß“ ihre Einfälle sofort und unwiderruflich in die „alte Nacht“ zurückwerfe. Stehen sie doch im Protokolle mit dem ganzen Gewichte des Namens des Redners (vgl. Geschäftsordnung). Die Regierung hat noch völlige Freiheit des Urtheilens und Entschliessens, und Jeder hat „das volle Vertrauen“, daß sie den wenn auch einzeln stehenden Einfall nach seinem ganzen, ihm inwohnenden Gewichte, das natürlich nicht gering ist, jetzt oder doch später bei gelegener Zeit auf sich wirken lassen werde. Harrtend mit der Geduld und Zuversicht des alten Shandy, erkennt nach vielen Jahren vielleicht ein gealtertes Mitglied in einer Regierungsmaßregel die Folge einer früher einmal im Protokolle niedergelegten Aeußerung. So fühlt Jeder süße Befriedigung und kann glauben, sich um das Vaterland wohl

*) Es ist hier natürlich nicht von solchen Gegenreden die Rede, die sich „auf der Höhe der Frage“ halten, den Gang der Debatte wesentlich mit bestimmen und die durch einen entgegengesetzten Beschluß nicht abgethan sind, sofern sie hoffen können, im Volk Anklang, einen fruchtbaren Boden und eine wirkliche Zukunft zu finden.

verdient gemacht zu haben. „Ruhe sanft! die ausgestreute Saat wird einst aufgehen.“ Es kommt hinzu, daß solche, zudem nicht öffentliche Versammlungen das Maß zur Beurtheilung ihrer collectiven und Einzelweisheit nur in sich selbst finden können, daß dieses Maß durch die Natur der Berathungen, die nicht vermögen, die Seelenkräfte energisch zu wecken und in ein freies Spiel zu setzen, von selbst auf ein Minimum reducirt werden muß, und daß endlich die Tendenz nach einem „gemüthlichen Beisammensein“ vorherrschen, gegenseitige Schonung, das „Leben und leben lassen“ den Grundtypus der Berathung bilden muß. Die Anerkennung, die dann Jeder sicher findet, bestärkt ihn in seiner guten Meinung von sich und seinen Reden, und damit jene Anerkennung überhaupt Werth habe, muß er sich überreden, daß seine Herren Collegen „gleichfalls“ gescheite Männer, wenn nicht gar Genies seien. Das Behagen wird unverwundlich. Wenn ein Mitglied — noch mit einiger Zurückhaltung — sagte: „Die Ausschüsse sind doch so übel nicht; sie können nicht ohne Einfluß bleiben; die Regierung bekommt mancherlei zu hören“ u. s. w., so habe ich mich nie verrechnet, wenn ich den Ausgangspunkt dieser Rede in einem ganz unerheblichen Umstande suchte: das ehrenwerthe Mitglied hatte an diesem Tage „nicht ohne Beifall“ gesprochen; „selbst der Minister konnte nicht umhin, anzuerkennen“ u. s. w. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Mitglieder der Ausschüsse am meisten in dem Falle sind, sich über das Maß und die Natur ihrer Wirksamkeit, über das wahre Wesen dieser Institution täuschen zu können. Die natürliche Befangenheit wird zwar, wenn der unmittelbare Reiz und die unmittelbare Befriedigung der Eitelkeit zu wirken aufgehört, schwächer werden, aber schwerlich ganz verschwinden. Auf Hülfe von ihrer Seite ist daher nur sehr wenig zu rechnen, ebenso wenig als überhaupt im Leben auf den Heroismus der Selbsterkenntnis und Selbsterläugnung. Jedenfalls wird man nicht ohne Grund mißtrauisch gegen ihre Reden sein müssen: wie sie gefogelt seien ohne Bind, und wie die Sonne hell geschienen und sei doch kein Tag gewesen. Lassen wir ihnen ihre Märchen und Wunder! Vertrauen wir uns selbst! Die Theilnahme wächst mit der Einsicht — die öffentliche Meinung geht gewaltig, unaufhaltsam ihren Gang. Lassen wir uns lehren vom Tage, damit der Tag uns nicht verwerfe!

Serbien.

Die Ofener Zeitung meldet von der türkischen Grenze vom 7. Nov.: „Der die Bestätigung des neuernannten Fürsten Alexander Czerny Georgewich enthaltende Ferman, nicht Berat, wie man erwartete, ist in Anwesenheit der Notabeln Serbiens, der Volksoberleitung und des Kamil-Pascha bei Lösung unzähliger türkischer Kanonen am Kalimeidan vorgelesen worden. Man war sehr befremdet, als man aus dem Ferman entzifferte, daß Alexander Czerny Georgewich nicht als Fürst — so wie dies der Fall war in der Dobrenowich'schen Familie — sondern nur als Pascha Weg (Oberrichter) von Serbien bezeichnet wurde; überdies wurden ihm die neuernannten Wegs: Alexander Simich, Wucsic-Perisic und Abraham Petronowich, beigegeben. Dem Inhalte des Fermans zufolge soll der jeweilige Pascha von Belgrad allen Versammlungen und sonstigen Sitzungen des Senats als Vorhörer beizubringen; auch ist Serbien verpflichtet, an die Pforte eine halbe Million Piaster jährlichen Tribut mehr als bisher zu entrichten; ferner hat Serbien alle Gymruks (Mauthen), sowie jene sechs Bezirke Serbiens, die noch vor Erlangung der Constitution unter der glücklichen Regierung Milosch Dobrenowich's dem befreiten Serbien einverleibt wurden, an die Pforte unweigerlich abzutreten. Endlich müssen alle von den Serben bis jetzt besessenen Kanonen den Türken ausgeliefert werden. Gleich nach der Ankunft des Emin-Osendi in Belgrad hat man sich an das serbische l. l. Militaircommando gewendet wegen Ueberlieferung jener türkischen Decorationen, welche des serbischen Fürsten Michael Brust geschmückt haben und welche in der Verwahrung des dortigen Militaircommandos sein sollen, welchem Ansinen jedoch keine Folge gegeben wurde; die Decorationen, welche dem Fürsten Michael für seine Person gegeben worden, hat er an sich behalten.“ — Diefem Artikel fügt die ausburger Allgemeine Zeitung zur Erläuterung Folgendes bei: „Der Titel, welchen Fürst Milosch, wie seine beiden Söhne Milan und Michael, als sie zur Regierung gelangten, von der Pforte erhielten, war Kneß. Indem man den neuen Gwalthaber bloß zum Justizverwalter macht, ihm eine Art Regenschäftsconceil von drei Wegs beibringt, den Senat (der ohnedies nur von der Pforte abhängt, und dessen Beschlüssen schon Milosch kein Veto entgegenstellen durfte) unter das Präsidium eines türkischen Paschas stellt, der die Kanonen von Belgrad zur Verfügung hat, während Serbien auf alle eignen Geschäfte verzichtet muß, ist die Umwandlung in eine türkische Administration, wie sie auch im Libanon unter offener Guttheilung des russischen Generalconsuls von Beirut eingeführt werden soll, vollendet. Dazu werden die Lasten des Landes (der Tribut an den Suzerain) vermehrt, die Einnahmen (durch Ueberantwortung der Mauthen an die Türken) vermindert, und endlich die sechs Bezirke, um welche Czerny Georg und Milosch blutige Kämpfe führten, und die Gegenstand der Friedensschlüsse von Bukarescht, Akerman und Adrianopol waren, der Pforte wieder einverleibt. Diese sechs Bezirke sind der von Krain, Timok, Parafin, Kruschewoz, Starowlasch und der Drinaische. Sie wurden 1830 Serbien zurückgegeben, was Milosch der serbischen Nationalversammlung, die aus mehr als tausend Deputirten bestehend

in den
Ländig
größert
man d
Medun
Serbie

am gr
17. No

1. Kam
bi; Gu
Iowig
Graf W
Ray v.
stian E
rich G
Peter W
henth
Friedric
Witbenf
lob Hei
helm G
Karl G
Ludwig
Karl Ph
burg;
Gottlob
dorf;
wig Fri

Internu
mer, 18

To
zu Paris

De
visionspr
fellschaft
welche se
Bild des
gen Stra
wiesen,
unbeding
stes und
sicher Für
nur die
christliche
geschichte
und Mich
unabhäng
hat der
Namen z
Macht ist
Grundbes
sein Land
vollständi
Erst mit
pfe gegen
liegt, hat
Jahrhund
ters zurück
des christl
Gesetze lei
1788, dur
gen einer
Gesetz lä
im gegen
„das Edi
rich Witt
die Cabin
christlich
wesentli
thum als
jeden Eing
föderliche
portischer
Leben ble
Staats d
hielt, die
Bunde der
christlichen
Der Gege
lichen Sta
neuern Ze
Abhängigk
unverschäm
berts und

in den ersten Tagen des Februar 1830 in Kragujewatz stattfand, verkündigte, mit der Versicherung, daß der Tribut an die Pforte nie vergrößert werden dürfe. Der die Freiheiten Serbiens enthaltende Fernman der Pforte ist vom September 1838: sind die oben erwähnten Bedingungen richtig, so stürzen damit alle Privilegien zusammen und Serbien ist so gut als vollständig unter türkische Herrschaft gestellt.

Personalmeldungen.

Diplomatisches Corps. Niederlande. Der Ministerresident am großherzogl. badischen Hofe, Baron v. Bentinck, überreichte am 17. Nov. dem Großherzoge sein Beglaubigungsschreiben.

Constitutionelle Körperschaften. Königreich Sachsen.

1. Kammer. Prinz Johann; Dr. v. Ammon; Ernst Wilhelm Bernhardt; Gustav Heinrich Frhr. v. Biedermann (Secretair); Albert v. Carlowitz (Vizepräsident); Dr. Heinrich Wilhelm Crusius; Otto Rudolph Graf Bisthum v. Eckstädt; Friedrich Frhr. v. Friesen; Ernst Gustav v. Gersdorf (Präsident); Ernst Wilhelm Gottschald; Dr. Christian Leberecht Großmann; Dr. Johann Karl Gross; Dr. Karl Friedrich Günther; Hans Adolf v. Hartig; Ernst Gottlob v. Heynig; Peter Alfred Graf v. Hohenthal; Karl Friedrich Anton Graf v. Hohenthal; Karl Balthasar Hübler; Matthäus Kutschank; Hans Friedrich Kurt v. Lüttichau; Erbgraf Friedrich Magnus zu Solms-Wildenfels; Christian Friedrich Meinhold; Dietrich v. Miltig; Gottlob Heinrich v. Minkwig; Karl v. Neßsch; Ernst v. Nothig; Wilhelm Eberhard Ferdinand Pflugk; Wilhelm Karl Heinrich v. Polenz; Karl Ernst v. Posern; Paul August Ritterstädt (Secretair); Karl Ludwig Schill; Egon Heinrich Gustav Graf v. Schönberg; Kaspar Karl Philipp Ug v. Schönberg; Karl Heinrich Alban Graf v. Schönburg; Friedrich Ernst v. Schönfels; Adolf Traugott Eduard Starke; Gottlob Friedrich v. Thielau; Rudolph Friedrich Theodor v. Wagendorff; Christian Friedrich Wehner; Kurt Robert Frhr. v. Welck; Ludwig Friedrich Ferdinand v. Zedwig.

Standeserhöhungen. Oesterreich. Der wirkl. Geheimrath, Internuntius und b. N. bei der Pforte, Bartholomäus Frhr. v. Stürmer, ist in den Grafenstand erhoben.

Todesfälle. Ein Sohn Lippo Saib's ist im 46. Lebensjahre zu Paris gestorben.

Kunst und Wissenschaft.

Der christliche Staat. Aus Preussen, im Nov. Der Divisionsprediger Dr. Rupp hielt am 15. Oct. in der königl. deutschen Gesellschaft zu Königsberg eine Rede über den christlichen Staat, welche soeben im Druck erschienen ist. Der Redner fängt damit an, das Bild des christlichen Staats aus dem Mittelalter darzustellen. Diejenigen Staaten, sagt er, welche der Kirche Gehorsam und Hingebung bewiesen, wurden von ihr als wahrhaft christliche Staaten betrachtet; je unbedingter ein Fürst und Volk alle seine Kraft in den Dienst des Papstes und seines Klerus gab, um so mehr verdienten sie den Namen christlicher Fürsten und Völker, um so mehr wurden sie des ewigen Heils, das nur die Kirche spenden konnte, theilhaftig. Es ist die höchste Pflicht des christlichen Staats, die Kirche mit wirklicher Macht zu bekleiden. Das geschieht vor Allem dadurch, daß die Geistlichkeit dem gemeinen Gesez und Richter entzogen und ihr das Recht eingeräumt wird, vom Staat unabhängig ihre Gesezgebung zu ordnen und auszuüben zu erhalten. Dann hat der christliche Staat nur noch eine Gabe hinzuzufügen, um seinen Namen zu verdienen: die Kirche weiß nämlich zwar, daß Wissenschaft Macht ist, aber Besitz ist gewöhnlich eine zuverlässigere Macht, und Grundbesitz die zuverlässigste. Das ist der wahrhaft christliche Staat, der sein Land mit der Kirche theilt. Auch dieser Forderung hatte kein Volk so vollständig genügt als das deutsche. Es ging so das Mittelalter hin. Erst mit Luther wurde es anders; er war der Erste, welcher im Kampfe gegen diesen christlichen Staat nicht unterlag; aber wer nicht unterliegt, hat darum noch nicht überwunden. Was gegen das Ende des 18. Jahrhunderts versucht worden ist, um zum christlichen Staate des Mittelalters zurückzukehren, ist allgemein bekannt. Uebereinstimmung und Unterschied des christlichen Staats der Katholiken und Protestanten lassen sich an keinem Geseze leichter nachweisen als an dem preussischen Religionsedict vom 9. Jul. 1788, durch welches ein Christenthum ohne Tugend den gefährlichen Wirkungen einer Tugend ohne Christenthum entgegenzuarbeiten beschloß. Dieses Gesez läßt uns die Gestalt, welche der christliche Staat des Mittelalters im gegenwärtigen Europa angenommen, um so sicherer erkennen, als das Edict durch kein späteres Gesez aufgehoben, sondern nur von Friedrich Wilhelm III. der öffentlichen Verachtung preisgegeben ist, durch die Cabinetsordre nämlich, welche den v. Wöllner verabschiedete. Der christliche Staat der Protestanten unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der Katholiken, da beide das Christenthum als die in unwandelbaren Formen gegebene äußere Kirche gegen jeden Eingriff aufrecht zu erhalten versprechen und derselben die dazu erforderliche Macht zu Gebote stellen. Es war also keineswegs ein bloß poetischer Traum der Romantiker, der ohne Consequenzen für das praktische Leben bleiben müßte, wenn sie bei der Verwandtschaft des christlichen Staats der Protestanten mit dem römisch-katholischen es für möglich hielt, die Gegenwart noch einige Schritte weiter zu jenem mittelalterlichen Bunde der Aristokratie und des Priestertums zurückzuführen. Diefem christlichen Staate gegenüber steht der Staat Friedrich's II. von Preussen. Der Gegensatz zwischen dem Staate des 18. Jahrhunderts und dem christlichen Staate des Mittelalters mit allen Nachahmungen desselben in der neuern Zeit stellt sich einfach als der Gegensatz zwischen Selbständigkeit und Abhängigkeit, ja zwischen Herrschaft und Dienstbarkeit dar. Es besteht eine unveröhnliche Feindschaft zwischen dem Staate des philosophischen Jahrhunderts und dem auf die gegebenen kirchlichen Formen beschränk-

ten Christenthume. So lange die Kirche sich verteidigte, konnte der neue Staat nicht aufhören, sie anzugreifen; denn ein Angriff war der Indifferentismus Friedrich's II. nicht weniger, als die fanatische Verfolgung, welche die legislative Versammlung in Frankreich begann; und auch in der Kunst dieses Angriffs bewährt sich Friedrich's Feldherrntalent. Im Verfolge dieser Betrachtungen kommt der Redner zu dem Ergebnisse, daß im Allgemeinen der christliche Staat überall da aufgehört, wo ein wahres Staatsleben sich zu entwickeln anfing. Demgemäß hat Friedrich II. die vorhandenen Beziehungen zur christlichen Kirche gern da aufgelöst, wo es, ohne Anstoß zu erregen, sich thun ließ, neue anzuknüpfen aber sich wohl gehütet. Dieser Staat des 18. Jahrhunderts wird von dem Redner keineswegs als der Gipfel der Vollkommenheit gerühmt, sondern nur als eine Uebergangsperiode betrachtet, um zu einem Staate zu gelangen, der, wenn wir nur die wahre Bedeutung des Wortes kennen, keinen bezeichnenderen Namen hat, als in der That den des christlichen Staates. Ja, der Staat des neunzehnten Jahrhunderts ist ein christlicher Staat, er wird keine Glaubensvorschriften und keinen Symbolzwang kennen, er wird bei seinen Bürgern nicht nach der Taufe fragen, er wird mit der christlichen Kirche in keiner unmittelbaren Verbindung stehen — und doch wird er ein christlicher Staat sein. Das Verständniß dieser Wahrheit hindert am meisten ein altes Vorurtheil, ein Vorurtheil, das in der Gelehrsamkeit viel tiefer als im Gefühl und Bewußtsein der Völker wurzelt, das Vorurtheil, daß das Christenthum Religion sei. Das Christenthum steht aber zur Religion ganz in demselben Verhältniß, als zu Staat, Kunst und Wissenschaft, es ist eben so wenig Religion, als es Staat, Kunst oder Wissenschaft ist; aber es ist das Princip und die Seele unserer politischen, künstlerischen, wissenschaftlichen und religiösen Lebens. Der christliche Staat befestigt den Völkern Frieden und lehrt die Nation sich selbst Geseze geben; er will nicht Herren und Knechte, sondern brüderliche Gleichheit, er stößt die Bösen nicht aus, sondern führt sie zurück zum Guten und beugt dem Bösen vor; vor Allem, er setzt Vertrauen in den Geist.

Leipziger Universität. Professor Biedermann hat im vorigen Halbjahre sein Colleg über den Zollverein noch zu Stande gebracht, wenn auch nur mit schwacher Theilnahme Seitens der Studenten; dagegen hat die Erwartung, die Theilnahme an dem Colleg über constitutionelles Staatsrecht werde ihn dafür entschädigen, und darüber belehren, daß diese idealen Interessen sich höhere Geltung bei unserer Jugend erfreuen, sich nicht bestätigt. In der ersten Vorlesung waren 5 Zuhörer, darunter Biedermann's Famulus und 3 Nichtstudenten, in der zweiten nur 2 Nichtstudenten — kein einziger Student. Beiläufig bemerke ich, daß Biedermann schon zwei Mal constitutionelles Staatsrecht angeschlagen hat, daß aber das erste Mal nur 6 Zuhörer da waren (darunter 5 Ausländer), das zweite Mal — 1 oder 2 Ausländer — kein Sachse. Das erste Mal las gleichzeitig Albrecht Staatsrecht vor 5—6 Zuhörern. (S. W. Bl.)

Dresden, 21. Nov. R. Wagner's Oper Rienzi ist nunmehr öfter und zwar trotz der erhöhten Preise bei stets überfülltem Hause gegeben worden, so auch gestern, wo der geniale Componist zum ersten Male selbst sein Werk dirigirte. Der Beifall war allgemein und so stürmisch, daß nach dem zweiten Akt und am Schlusse der Componist auf der Bühne erscheinen mußte. Es wird aber auch von allen Sachkennern dieser Composition das Zeugniß ertheilt, daß sie in jeder Beziehung correct, in vieler Hinsicht, namentlich rücksichtlich der Instrumentation neu und besonders dadurch ausgezeichnet ist, daß sie Triviales gar nicht enthält, was man selbst der anerkannt besten neuen Oper bekanntlich nicht nachrühmen kann. Dem Vernehmen nach soll die Oper nun auf mehrere Monate zurückgelegt werden, zu welcher Maßregel einestheils die Absicht Veranlassung gegeben haben mag, den Sängern eine gründliche, durch diese Oper bedingte, Erholung zu gewähren, andernteils der Umstand, daß bereits eine zweite Composition Hrn. Richard Wagner's: „Der fliegende Holländer“, welche hier ebenfalls zuerst zur Aufführung kommt, einstudirt wird.

Handel und Industrie.

Staatspapiere. Paris, 18. Nov. 5pc. 119. 15; 3pc. 80. 30; Neap. 108. 65; Span. act. 23 1/2; pass. 4.

Actien. Paris, 18. Nov. Blact. fr. 3295; belg. 802 1/2; Eis. St. Germ. 820; Versail. r. 266 1/2, l. 90; Straßb. 203 1/2.

Berliner Börse, 21. Nov. 3 1/2 pc. Stöschsch. abget. 104, 4pc. engl. 102 1/2, Prämisch. 90 1/2, 3 1/2 pc. Pfandbr. ostpr. 103, n. ostpr. 102 1/2, schles. 101 1/2 Br., pomm. 103 1/2 Br., kur- u. neumärk. 103 1/2, 4pc. polen. 105 1/2, neue 3 1/2 pc. 102 Br.; Eisenbahn, 5pc. Berl.-Potsd. 125 Br., Prior.-Act. 103 Br., Anhalt. 105 1/2, Prior.-Act. 102 1/2, Frankfurt a. d. O. 99, Oblig. 101 1/2, Magdeb.-Leipz. 123 Br., Prior.-Act. 103, Düsseldorf-Eberf. —, Prior.-Act. 95, Rhein. 80 1/2, Obligat. 97 Br. Duklat. —, Friedrichsb. 113 1/2, Louisb. 109 1/2; Disconto 4 Proc. — Belg.; 5pc. Rothsch. —, Dänem., 3pc. engl. —; Darmst., 25 Fl. E. 15; Holl., 2 1/2 pc. Int. 50 1/2; Nass., 25 Fl. E. 14 Br.; Neap., 5pc. Falcon. —, engl. Rothsch. 101 1/2; Destr., Met. 5pc. —, 4pc. —; 3pc. —; 1pc. —; Blact. 1122 Br., 500 Fl. E. —; Polen, 5pc. Schagobl. 96 1/2, 4pc. Pfandbr. 94 1/2, neue 93 1/2, Blcert. —, 300 Fl. E. 82 1/2, 500 Fl. E. 84 1/2, Blcert. à 300 Fl. 100 1/2, à 200 Fl. 28 1/2; Rusl., 5pc. Hamb. Cert. 107 1/2, Hope 102 1/2 Br., 4pc. 91 1/2 Br., Orig. Etiegl. 91 1/2 Br., 5pc. engl. 112 1/2.

Berichtigungen. S. 3821, in dem Aufsatze: „Drei Feinde des mündlich öffentlichen Anklageverfahrens etc.“, ist Sp. 2, Z. 26 v. u. statt: vergönnt, verpönt, und Z. 22 statt Vorpruch: Verspruch zu lesen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung. Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n .

(Inserate nehmen an: in **Leipzig** die Expedition; in **Berlin** die Crotius'sche Buch- u. Kunsthandlung; in **Breslau** die F. G. C. Seuckart'sche Buchhandlung; in **Dresden** C. Pießsch u. C.; in **Frankfurt a. M.** W. Kähler; in **Hamburg** J. A. Meißner's Verlagsbuchhandlung; in **Magdeburg** W. Heinrichshofen; in **Paris** Brockhaus u. Venardus; in **Schaffhausen** die Brodtmann'sche Buchhandlung.)

A u f f o r d e r u n g .

Beschworener Angabe nach ist eine Ruffisch-Holländische, über 500 Silberrubel laufende vierprocentige Obligation au porteur, „Certificat Nr. 36,832“ der unter Direction von Hope & Comp. in Amsterdam contrahirten Anleihe, ihrem Eigner während der seit März d. J. verlaufenen Zeit unrechtmäßig abhanden gebracht.

Es wird daher ein Jeder hiermit geziemend aufgefordert, falls ihm die obbezeichnete Obligation oder deren Coupons zu Gesicht gekommen, oder noch kommen sollten, der unterzeichneten Behörde ungesäumt die betreffende Mittheilung zu machen, um durch Verfolgung der Reihe etwaiger Veräußerungen zur Ausmittelung des Schuldigen gelangen zu können.

Hannover, am 18. November 1842.

[7345—46]

Das königlich hannoversche Criminal-Amt.

A u f f o r d e r u n g .

Der Uhrmachersgehilfe **Johann Georg Koffel** von Idstein, dessen dormaliger Aufenthalt nicht zu ermitteln ist, wird aufgefordert, sich bis zum 21. December d. J. wegen der Vertheilung seines älterlichen Vermögens, der Schullehrer Koffel Eheleute, vor unterzeichneter Stelle einzufinden, als ansonst ein Curator für ihn bestellt werden wird.

Idstein, am 16. November 1842.

[7357—59]

Herzoglich Nassauische Landoberschultheisserei des Amts Idstein.
Kröber.

E d i c t a l - L a d u n g .

Der Accise-Einnehmer **Ernst Gottfried Sauer** zu Ellrich hat in seinem unterm 16. August 1797 errichteten und am 2. August 1810 publicirten Testamente den Kindern seines Bruders **Johann Heinrich Conrad Sauer**, bei der Stadt Zerbst wohnhaft, ein Legat von 500 Thln. ausgesetzt, welches zu unserm Deposito gezahlt ist.

Es ist bis lang nur ermittelt, daß ein Sohn des Johann Heinrich Conrad Sauer, **Carl Sauer**, nach dem Tode des Erblassers noch gelebt hat und am 16. Januar 1824 zu Koblau als pensionirter Kohlenmesser gestorben ist. Von seinen übrigen Kindern, welche **Adam**, **Marie** und **Johann Gottlieb Philipp** geheissen haben sollen, und wovon Ersterer dem Vernehmen nach Schuhmacher, Letzterer Barbier gewesen, hat dagegen mit einiger Sicherheit nichts ermittelt werden können.

Es werden danach Alle und Jede, welche an diesem Legate einen alleinigen oder Mitanspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich damit spätestens in dem an Gerichtsstelle hieselbst

auf den 22. December d. J., Vormittags 10 Uhr,

anderaumten Termine, unter Beibringung ihrer Legitimation, zu melden, widrigenfalls der Carl Sauer für den alleinigen und rechtmäßigen Legatar angenommen, das Legat demgemäß verwendet werden muß, und der nach erfolgter Präclusion sich etwa erst meldende nähere oder gleich nahe Interessent alle, des Carl Sauer resp. seiner Erben und deren Stellvertreter Handlungen und Dispositionen anerkennen und übernehmen muß, von ihnen weder Rechnungslegung noch Ersatz der gehobenen Rückungen zu fordern berechtigt, sondern sich lediglich mit dem, was alsdann noch von dem Legate vorhanden, zu begnügen verbunden ist.

Nordhausen, am 23. September 1842.

[6457—58]

Königlich Preussisches Land- und Stadtgericht.
Bismark.

Vollständig ist jetzt bei **F. A. Brockhaus** in **Leipzig** erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Geschichte der Hohenstaufen und ihrer Zeit von **Friedrich von Raumer**.

Zweite verbesserte und vermehrte Auflage. In 6 Bänden oder 24 Lieferungen.

Ausgabe Nr. 1, auf gutem Maschinenvellinpapier, 12 Thlr. Ausgabe Nr. 2, auf extrafeinem Vellinpapier, 24 Thlr.

Die Kupfer und Karten der ersten Auflage 2 Thlr.

Sollte Jemand sich dieses ausgezeichnete Werk nach und nach anschaffen wollen, so sind alle Buchhandlungen in den Stand gesetzt, es in beliebigen Zwischenräumen lieferungs- oder bandweise abzugeben. [7377]

[7221] Bei **Wilhelm Brosser** in **Berlin** ist erschienen:

D a s

Evangel. Bisthum in Jerusalem.

Geschichtliche Darlegung mit Urkunden.

8. Brosch. 15 Sgr. = 12 gGr.

Inhalt: I. Des Königs Gedanke. II. Die Ausführung. III. Die Stellung der Deutschen im Bisthum. IV. Urkunden und Beilagen.

Cylinderuhren für Damen als für Herren,

galvanisch vergoldet,

im Außern und Innern den goldenen ganz gleich, im Preis um über die Hälfte billiger als letztere, empfang und empfiehlt als etwas ganz Neues zu vortheilhaftesten **Weihnachtsgeschenken** die Uhrenhandlung von

C. L. Baumgärtel in **Leipzig**,
Hainstraße, vis-à-vis der Tuchhalle.

[7374—75]

Bei **Gebr. Schumann** in **Leipzig** ist soeben in deutscher Uebersetzung erschienen:

Zanoni von **C. E. Bulwer**.

4 Thle. 16. Geh. à 7½ Ngr.

Dieser Roman bildet zugleich den 68sten bis 71sten Theil unserer deutschen Taschen-Ausgabe von **C. E. Bulwer's Werken**. Da keine complete Exemplare der Stuttgarter Ausgabe der Bulwer'schen Werke mehr zu haben sind, so kann nun, wer nicht bloß die Romane besitzen möchte, die sämtlichen Werke nur in dieser Ausgabe erhalten. — Vorräthig in allen Buchhandlungen, in **Leipzig** bei **Georg Wigand**, **Dresden** bei **Arnold**. [7138]

Von einem **Pariser Hause** empfang ich eine bedeutende Sendung

H. Glacé-Handschuhe,

welche ich vor Eintritt der höhern Steuer zum **Fabrikpreise** zu verkaufen beauftragt bin.

Leipzig, im November 1842.

[7372—73]

H. E. Fuchs.

Do

Die Bel
mäßig
zu die
Holländ
und

Portu
(Münch
burg.)

o Pa
ner An
machen.
die Reg
men. I
Diatrib
kappten
Theil a
ten Gei
von selb
lichst ge
schen de
— Der
nen Bon
Brigadie
ten Linie
gabe bis
und der
gemacht,
Landesst
vierzig J

2 Pa
nung der
sehung
sche Mem
wird nur
Namen f
rol Mar
tige Art
begriffen
gekommen
liche Erfo
lamentari
wissen E
Cortes li
wird sich
noch ganz
zu der D
irrigen Ar
zaga noch
Dlogaga
dem Köni
Hrn. Gui
die Frage
die Anerk
delt habe.
war es H
nen, und
um seine
haben.“ (S
daß die M
vingen na
wärtigen
könnte.—
dert die n
auf, sich
von Gu
und seine